

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Detlef Kühn

Deutschland
und die deutsche Nation
im Unterricht

Hans Maier / Heinrich Oberreuter
Demoskopie und Geschichte

Die „Beilage“ und ihre Leser
Ergebnisse einer Umfrage

ISSN 0479-611 X

B 49/77

10. Dezember 1977

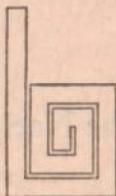
Detlef Kühn, geb. 1936 in Potsdam; Studium der Rechtswissenschaften; von 1966 bis 1970 wissenschaftlicher Assistent, später Geschäftsführer in der FDP-Bundestagsfraktion, Aufgabengebiet Außen-, Deutschland-, Sicherheitspolitik und Entwicklungshilfe; von 1970 bis 1972 persönlicher Referent des Staatssekretärs Dr. Günter Hartkopf im Bundesministerium des Innern; seit 1972 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, einer nachgeordneten Behörde des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der u. a. die Aufgabe obliegt, zur Festigung und Verbreitung des gesamtdeutschen Gedankens durch Informationsvermittlung beizutragen.

Hans Maier, Dr. phil., geb. 1931; Studium der Geschichte und Sprachen in Freiburg, München und Paris; seit 1963 ordentlicher Professor für politische Wissenschaft an der Universität München; 1966—1970 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates; 1970 Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft; seit 1970 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, seit 1976 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Veröffentlichungen u. a.: *Revolution und Kirche*, München 1975⁴; *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre*, Neuwied-Berlin 1966; *Politische Wissenschaft in Deutschland*, München 1969; *Kritik der politischen Theologie*, Einsiedeln 1970; *Kirche und Gesellschaft*, München 1972; *Zwischenrufe zur Bildungspolitik*, Zürich 1973²; *Die Grundrechte des Menschen im modernen Staat*, Zürich 1974²; *Sprache und Politik*, Zürich 1977.

Heinrich Oberreuter, Dr. phil., geb. 1942, Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaft, Geschichte und Soziologie, Wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München; 1970 Wiss. Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag; seit 1971 Mitglied des Vorstandes der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen; 1974 Preis des Bayerischen Landtages.

Veröffentlichungen u. a.: *Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich*, Hamburg 1975; *Politische Bildung. Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen*, Stuttgart 1976² (Mitverf.); *Parlament und Regierung. Ein Vergleich dreier Regierungssysteme*, München 1977 (Mitverf.); *Kann der Parlamentarismus überleben? Bund-Länder — Europa*, Zürich 1977; *Notstand und Demokratie*, München 1977 (im Erscheinen).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Deutschland und die deutsche Nation im Unterricht

Wer sich mit dem Thema „Deutschland und die deutsche Nation im Unterricht“ befaßt, hat Mühe, eine gewisse Melancholie und die Neigung zur Resignation zu bekämpfen. Unser Schulwesen, das schon vielgestaltig genug ist, bietet in diesem Bereich ein besonders unbefriedigendes Bild. Dies ist weniger auf fehlende rechtliche Voraussetzungen zurückzuführen. Hier haben die Kultusverwaltungen der Länder durchaus wichtige Vorarbeiten geleistet. Sie haben „Ostkunde-Erlasse“ unter diesem oder ähnlichem Namen herausgebracht. Formal ist daher meist alles in Ordnung.

Woran liegt es, daß dennoch die Praxis so wenig befriedigt? Die Antwort scheint mir in der verbreiteten Unsicherheit über den Inhalt, über das Ziel des Unterrichts zu liegen. Die Kontroverse, die in dieser Zeitschrift darüber ausgetragen wird, ist ein besonders anschauliches Beispiel hierfür¹⁾. Ihr Kern scheint mir die Frage zu sein, ob man sich schon deshalb mit der Spaltung Deutschlands abfinden müsse, weil sie Realität ist. Ist es utopisch oder nicht vielleicht doch politisch vertretbar, auf eine Veränderung (Verbesserung) der gegenwärtigen Situation hinzuwirken — auch mit den Mitteln der politischen Bildung?

Dabei ist nicht zu verkennen, daß es zahlreiche Lehrer und auch für die Lehrerfortbildung Verantwortliche in den Schulen und Schulbehörden aller Bundesländer gibt, die bemüht sind, auch im Rahmen der Schule das ihrige dafür zu tun, daß das Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation trotz staatlicher Spaltung nicht untergeht, sondern gepflegt wird. Es gab und gibt Lehrer, die sich bemühen, mit modernen Mitteln der Jugend im Unterricht ein Deutschlandbild zu vermitteln, das über die Bundesrepublik Deutschland hinausgeht.

Wer sich aus Neigung oder von Berufs wegen mit den hier zur Diskussion stehenden Fragen zu beschäftigen hat, spürt jedoch immer wie-

der, daß sich vor allem die Lehrer in der Praxis häufig allein gelassen fühlen. Deutschland und die deutsche Nation im Unterricht zu behandeln, gilt als ausgesprochen heißes Eisen.

Wer setzt sich schon gern dem Vorwurf aus, wie ihn Schmidt-Sinns²⁾ mit beispielhafter Noblesse formuliert hat, die Jugend entweder zu „leeren Lippenbekenntnissen“ zu erziehen oder ein „Irredenta-Klima“ zu erzeugen, „das bei geringem Anlaß zum gefährlichen Ausbruch kommen könnte“, sprich: den Frieden gefährdet? Wer sich um „gesamtdeutsches Bewußtsein“ sorgt, ist damit zwangsläufig als potentieller Kriegsbrandstifter abgestempelt. Da ist die Versuchung für viele Lehrer schon verständlich, das Thema einfach unter den Tisch fallen zu lassen, wenn nicht von seiten der Schulverwaltungen mit Nachdruck auf seiner Behandlung bestanden wird, was meist nicht der Fall ist.

Aber auch die Bildungspolitiker aller Parteien in Bund und Länder kümmern sich nur wenig um diesen Bereich der Schulpolitik, so gern und so oft sie auch sonst über Einzelheiten der Bildungspolitik streiten mögen. Die Behandlung der deutschen Nation im Unterricht spielt in der Politik nur eine geringe Rolle. Eine Kleine Anfrage, wie sie die Fraktion der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu diesem Thema eingebracht hat, gehört zu den Ausnahmen³⁾. Es kommt auch sicherlich nicht von ungefähr, daß die jüngste umfangreiche Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik keinen einzigen Hinweis auf Probleme der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit enthielt⁴⁾.

Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß in der Fachpresse dennoch hin und wieder Aufsätze zu diesem Themenkreis erscheinen. Die Diskussion in der Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT ist hierfür ein wichtiges Beispiel. Die Frage ist allerdings, ob es sinnvoll ist, in erster Linie von didakti-

¹⁾ A. a. O., Überlegungen . . . , B 2/77, S. 50.

²⁾ Landtag NRW, Drucksache 8/1035, Kl. Anfrage Nr. 415 vom 2. 6. 1976.

³⁾ BT-Drucksache 8/818, 8/255; daß man sich jedoch in Kreisen der Opposition wenigstens teilweise des Problems bewußt ist, beweisen die Ausführungen des Bundestagsabgeordneten J. B. Gradl vor dem Bundeskuratorium Unteilbares Deutschland am 4. 3. 1977; vgl. auch Gradl in „Die Welt“ v. 29. 6. 1977, S. 3.

⁴⁾ Dieter Schmidt-Sinns, Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/76, v. 9. 10. 1976; Erich Kosthorst, Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten; Karl-Ernst Jeismann, Das Mittelalter und das Lernfeld Politik; Dieter Schmidt-Sinns, Überlegungen zur Behandlung der deutschen Geschichte im Schulunterricht, alle in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/77, v. 15. 1. 1977, S. 36 ff.

schen Ansätzen her das Problem anzugehen. Die Unsicherheit, die sowohl unter den Lehrern als auch in den Schulverwaltungen herrscht, scheint mir doch in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß Unklarheit hinsichtlich der politischen Ziele deutschlandpolitischer Bildungsarbeit besteht.

Lernziele sind politische Entscheidungen

Selbst wenn man nicht, wie Schmidt-Sinns es tut, das Ziel des Unterrichts darin sieht, unsere gesamtdeutsche nationale Identität aufzugeben, eine Bundesrepublik-Identität zu entwickeln und diese in ein weltbürgerliches Bewußtsein einzubetten, bleibt die Frage, ob es mit Kosthorst⁶⁾ genügt, das Lernziel des Unterrichts darin zu sehen, „Einsicht in die Bedingungen der Möglichkeit der deutschen Teilung“ zu bieten und damit den Schülern Hilfe zur „Identitätsklärung“ zu geben. Kosthorsts Formulierung hat sicherlich den Vorteil, daß sich sowohl „Linke“ als auch „Rechte“ auf dieses Unterrichtsziel verständigen können, denn es enthält ja noch keine materielle Aussage. Dennoch wird man ein solches Unterrichtsziel wohl als nicht ausreichend bezeichnen müssen. Der Schulunterricht unterliegt im Bereich der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit noch weiteren Vorgaben, die sich aus den Grundentscheidungen unserer Verfassung ergeben. Er hat nicht wertneutral zu sein, sondern sich an den Grundwerten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu orientieren. Diese Gebundenheit gilt auch und gerade für den Bereich der Deutschlandpolitik^{6a)}.

Ihre Konkretisierung ist eine politische Aufgabe, die nach politischen Gesichtspunkten vorzunehmen ist und politisch-parlamentarischer Verantwortung unterliegt. Konkret bedeutet das, daß die Beantwortung der Frage nach dem Lernziel unserer Bildungsbemühungen im Bereich der Deutschlandpolitik weder den Didaktikern noch den Historikern oder beiden allein überlassen bleiben darf. Wer zu der Frage Stellung nimmt, ob wir auf unsere gesamtdeutsche Identifikation zu Gunsten etwa eines weltbürgerlichen Bewußtseins verzichten sollten, äußert sich politisch. Dabei spielt es erst in zweiter Linie eine Rolle, ob seine historischen und sonstigen Argu-

mente stichhaltig sind, was ich nicht glaube. Was Ratschläge in bezug auf unser zukünftiges Verhalten anbelangt, so ist nicht, wie Schmidt-Sinns meint, jeder Wissenschaftler zugleich Didaktiker, sondern zuerst einmal Politiker. Zur inhaltlichen Ausfüllung der Politik, auch der Bildungspolitik, sind in unserem Staat aber nun einmal in erster Linie die Parteien und ihre Fraktionen im Bund und in den Ländern sowie die von ihnen getragenen Regierungen berufen. Bei der Umsetzung politischer Meinungen in staatliche Maßnahmen, also auch bei der Formulierung konkreter Lernziele für den Schulunterricht, unterliegen sie den Schranken, die von der Verfassung gezogen sind.

Verfassungsauftrag beachten

In diesem Zusammenhang ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 in dem Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Gesetzes zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1973⁶⁾ von besonderer Bedeutung. Im Leitsatz 4 dieses Urteils hat das Bundesverfassungsgericht aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes u. a. die Forderung hergeleitet, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten. Es liegt auf der Hand, daß der erste Teil dieser Forderung vor allem im Bereich der staatlichen Bildungsarbeit erfüllt werden kann und erfüllt werden muß. Die Schulen und die Schulverwaltungen sind durch diesen Teil des Urteils des Bundesverfassungsgerichts besonders angesprochen. Dem Unterricht ist damit eine Zielsetzung von eindeutiger verfassungsrechtlichem Rang gegeben. Die politischen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland um die Einheit der deutschen Nation müssen von Verfassungs wegen durch eine entsprechende Bildungsarbeit begleitet werden. Die Mittel und Methoden des Unterrichts haben sich an dieser Zielsetzung zu orientieren. Zwar ist es dem Schüler freigestellt, wie er sich auf Grund der im Unterricht gewonnenen Erkenntnisse zu diesen Grundwerten unserer Verfassung einstellt. Der Lehrer hat jedoch diese Wahlfreiheit hinsichtlich der Zielsetzung seines Unterrichts nicht. Wie alle staatlichen Organe ist auch die Schule insofern gebunden.

⁶⁾ A. a. O., B 2/77, S. 37.

^{6a)} Damit dürften sich die meisten Fragen nach den Intentionen der Behandlung des Deutschlandproblems im Unterricht, die Gebhard Moldenhauer stellt, beantworten lassen. Gebhard Moldenhauer, Die Deutsche Frage in den neuesten Schulbüchern der Politischen Bildung, in: Politische Didaktik 2/1977, S. 38 (41 f.).

⁶⁾ U. a. veröffentlicht als Seminarmaterial des Gesamtdeutschen Instituts, Bonn.

Über die DDR informieren

Der Forderung des Bundesverfassungsgerichts würde man im Ernst nicht gerecht werden, wollte man sich lediglich auf eine formelhafte Wiederholung unseres Wiedervereinigungsanspruchs im Unterricht beschränken. Damit wäre der Sache sicherlich nicht gedient. Im Gegenteil: Durch eine Überfütterung mit Phrasen könnte die zu Recht kritische Jugend erst richtig in eine andere Richtung gedrängt werden. Ein Schulunterricht, der den Geboten der Verfassung Rechnung tragen will, wird auf eine besonders sachliche Grundlage zu stellen sein. Wer sich mit Deutschland und der deutschen Nation im Unterricht befaßt, muß sich nicht nur u. a. mit den von Schmidt-Sinns aus der Historie hergeleiteten Argumenten auseinandersetzen, die angeblich gegen eine deutsche Nation (angesichts staatlicher Spaltung Deutschlands) sprechen. Er steht vor allem vor der Aufgabe, den Schülern ein ausreichendes Faktenwissen über die DDR zu vermitteln, denn nur auf einer solchen Grundlage ist es möglich, ein fundiertes Urteil über die Lage der deutschen Nation heute und ihre Überlebenschancen in Europa und der Welt abzugeben. Es ist leider eine Binsenwahrheit, daß dem Interesse der Jugend in der DDR am Westen und ihrem relativ großen Wissen über die Bundesrepublik Deutschland ein nur sehr niedriger Wissensstand der bundesdeutschen Jugend hinsichtlich der Verhältnisse in der DDR gegenübersteht — und dies gilt wohl nicht nur für die Jugend. Die sporadischen Berichte in den westdeutschen Massenmedien über den anderen Teil Deutschlands sind offenkundig nicht ausreichend, um diese Wissenslücke zu schließen. Hier muß der Schulunterricht zuerst einmal ansetzen. Den Lehrer hierzu in die Lage zu versetzen und ihm ausreichend Unterrichtshilfen in die Hand zu geben, ist die wichtigste Aufgabe der Didaktik und der Curriculumforschung, bevor sie sich an der Formulierung politischer Ziele versuchen. Dies bedeutet, daß entscheidende Verbesserungen herbeigeführt werden müssen.

Eine Durchsicht der wichtigsten heute im Unterricht gebräuchlichen Schulbücher ergibt, daß, was die Deutschlandpolitik und die DDR anbelangt, im Vordergrund des Interesses ihrer Verfasser die Geschichte der Spaltung Deutschlands steht. Nun bin ich der letzte, der etwa der Geschichtslosigkeit oder der Vernachlässigung der Zeitgeschichte das Wort reden wollte. Im Gegenteil: Eine Intensivierung des Geschichtsunterrichts scheint mir sogar dringend geboten. Die heutige Situation in der DDR wird man auch ohne ausreichende Kenntnisse über ihre Geschichte

nicht zutreffend beurteilen können. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß im Hinblick auf das Ziel, die Einheit der Nation zu wahren, eine im wesentlichen auf die Beschreibung des historischen Ablaufs der Spaltung Deutschlands beschränkte Darstellung im Unterricht nicht ausreicht. Hierfür ist vielmehr eine fundierte Kenntnis der Schüler über den Ist-Zustand der DDR von entscheidender Bedeutung. Ein Gefühl der Verbundenheit mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands kann sich bei den Schülern nur dann einstellen, wenn sie die Verhältnisse, unter denen diese sich täglich bewähren müssen, kennen. Dies setzt eine eingehende Behandlung der Wirtschaft, der sozialen Verhältnisse, der Bildungs- und Kulturpolitik und anderer Bereiche im Schulunterricht voraus. Dabei wird nicht nur die Rechtslage, sondern auch die Rechtswirklichkeit in der DDR zu beachten sein.

Ich kann also die prinzipielle Kritik von Moldenhauer⁷⁾ an einem Schulbuch, das immer nach der Darstellung der Verhältnisse in der Bundesrepublik noch einen Abschnitt anfügt, der sich mit den entsprechenden Verhältnissen in der DDR befaßt, nicht teilen. Man darf sich auch nicht darauf beschränken, die innenpolitischen Entscheidungen der DDR-Führung aus dem Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus heraus zu begründen. Gerade beim Systemvergleich ist es unvermeidlich, Teile des westlichen Gesellschaftsbildes dem östlichen gegenüberzustellen. Solche Vergleiche werden oft zuungunsten der DDR ausgehen. Dennoch ist das Verfahren legitim und kann auch von Marxisten kaum bestritten werden, denn schließlich soll ja das Sein das Bewußtsein bestimmen⁸⁾.

Hilfsmittel für den Unterricht

Leider gibt es nur wenige Hilfsmittel, die den Lehrer bei solchen Vergleichen wirksam unterstützen können. Die Sozialkundebücher beschäftigen sich — wenn überhaupt — meist nur verhältnismäßig kurz mit den Realitäten in der DDR⁹⁾. Darüber hinaus gibt es — neben einigen Materialsammlungen — auch nur wenige fertige Unterrichtsmodelle¹⁰⁾. Es ist sehr zu

7) Gebhard Moldenhauer, Das Deutschlandproblem in Sozialkundebüchern, in: Freiwald, Hoof, Moldenhauer, Fischer, Das Deutschlandproblem in Schulbüchern der Bundesrepublik, Düsseldorf 1973, S. 83.

8) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, S. 9.

9) Vgl. die Zahlenangaben bei Moldenhauer, a. a. O.

10) Z. B. K. G. Fischer, E. Heide, O. Zitzlaff u. a., Vergleich der Wirtschaftssysteme in beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1976²; Blumensaath,

begrüßen, daß in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland interessierte Lehrer von sich aus bemüht sind, auf die Verhältnisse der DDR bezogene Unterrichtseinheiten zu schaffen. Die entsprechenden Materialanforderungen, die das Gesamtdeutsche Institut erreichen, zeigen deutlich, daß viele Lehrer die von mir dargestellte Lücke im Angebot der Unterrichtsmittel spüren und versuchen, sie aus eigenen Kräften, so gut es geht, zu schließen. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß durchschlagende Erfolge in diesem Bereich ohne intensivere staatliche Einflußnahme wohl kaum zu erwarten sind.

In diesem Zusammenhang darf ich auf den bereits seit acht Jahren erscheinenden sogenannten DDR-Kalender des Gesamtdeutschen Instituts verweisen, der vor allem 1976 Aufsehen erregt hat. In jedem Jahr bringt er eine Fülle von Informationen über die DDR. Wenn diesem Kalender gelegentlich der Vorwurf gemacht worden ist, er bereite das Material didaktisch nicht ausreichend auf, ja ein Kalender sei in dieser Richtung überhaupt ein wenig taugliches Unterrichtshilfsmittel¹¹⁾, so will ich das prinzipiell akzeptieren. Für das Gesamtdeutsche Institut kam es allerdings bei der Herausgabe der beiden letzten Kalender, die den Alltag in der DDR behandelten, vor allem darauf an, überhaupt Anstöße für eine Behandlung dieses Themas im Unterricht zu geben und Lehrern wie Schülern die Scheu vor dem Betreten unbekannter Terrains zu nehmen. Dieses Ziel scheint der Kalender wenigstens teilweise erreicht zu haben. Die Verwirklichung des darüber hinausgehenden großen Ziels, die Lebensverhältnisse in der DDR umfassend und didaktisch einwandfrei darzustellen, steht allerdings noch aus.

Viel hängt in diesem Zusammenhang davon ab, daß die Verhältnisse in der DDR bei der Ausbildung der Lehrer an den pädagogischen Hochschulen und Universitäten eine größere Rolle als bisher spielen. Nur wenn man die angehenden Lehrer in Vorlesungen und Seminaren rechtzeitig und intensiv auf den Lehrstoff DDR vorbereitet, werden sie ermutigt, dieses vermeintlich heiße Eisen auch im Unterricht beherzt anzufassen. Nur dann wird die heute weit verbreitete Angst, sich bei der

Ubach, Literaturgeschichte der DDR, Stuttgart 1975; Wolfgang Paroslo, Literatur der DDR im Unterricht, Düsseldorf 1977. Es ist interessant, daß die Literatur der DDR noch am häufigsten beachtet wird!

¹¹⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen des Kultusministers Girgensohn in der Fragestunde des Landtags Nordrhein-Westfalen am 11. 2. 1976, Plenarprotokoll 8/14, S. 546 ff.

Behandlung dieses Themas die Finger zu verbrennen, gar nicht erst aufkommen.

Erst auf der Grundlage ausreichender Detail-Informationen über die DDR wird es möglich sein, zufriedenstellende Antworten auf eine Reihe von politischen Fragen zu finden, denen sich Lehrer auch im Unterricht immer wieder ausgesetzt sehen. Diese Fragen betreffen vor allem die Chancen einer Wiedervereinigung. Viele Schüler, vielleicht auch Lehrer, neigen dazu, eine Behandlung der DDR-Verhältnisse im Unterricht schon deswegen für überflüssig zu halten, weil eine Wiedervereinigung Deutschlands ja sowieso nicht möglich oder noch nicht einmal wünschenswert sei.

Im folgenden möchte ich mich mit einigen der besonders häufig benutzten Argumente auseinandersetzen¹²⁾.

Deutschlandpolitik Teil der Europapolitik

Oft wird darauf hingewiesen, es bestehe ein Widerspruch zwischen einer aktiven Europapolitik und einer Deutschlandpolitik, die, wie es das Bundesverfassungsgericht verlangt, am Wiedervereinigungsanspruch festhält. Da niemand ein wiedervereinigtes Deutschland wolle, schließe Europapolitik die Wiedervereinigung Deutschlands aus.

Dieser Argumentation liegt offenkundig ein auf Westeuropa verengter Europabegriff zugrunde. Nur wenn man eine Vereinigung Westeuropas als das Ende aller Europapolitik ansieht, ist die Logik dieses Arguments zu verstehen. Auch hier, wie so oft bei der Formulierung politischer Ziele, ist man nicht in der Lage, eine über die nächsten Schritte hinausgehende Strategie gedanklich zu vollziehen. Wenn es auch richtig ist, daß wir die Überwindung der Gegensätze in Europa und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn zuerst einmal in dem Bereich in Angriff nehmen müssen, in dem eine prinzipielle Bereitschaft dazu vorausgesetzt werden kann, so können wir doch, wollen wir gegenüber der Geschichte und der Gegenwart nicht unglaublich werden, die ganze östliche Hälfte des historisch und kulturell gewachsenen europäischen Raumes nicht einfach aus dieser Tradition ausschließen. Eine Europapolitik, die diesen Namen verdient, muß also auch die osteuropäischen Völker bei der Formulierung von Fernzielen berücksichtigen. Da diese Völker sich durchaus wie wir als Europäer fühlen, wäre ein anderes Verhalten nicht

¹²⁾ Die Argumente wurden meinen Mitarbeitern und mir in vielen Veranstaltungen entgegengehalten.

nur politisch ungerecht, sondern auch gefährlich, da sich die daraus dann zwangsläufig ergebenden Gefühle der Enttäuschung eines Tages gegen uns wenden müßten.

In einem vereinten Gesamteuropa werden aber auch die Deutschen die Möglichkeit haben, unter einem — wie auch immer konstruierten — staatlichen Dach zu leben. Unsere Bemühungen um die Einheit der deutschen Nation sind damit nicht nur kein Gegensatz zur Europapolitik, sondern Teil einer richtig verstandenen Europapolitik. Deutschland- und Europapolitik bedingen einander. Die eine ist ohne die andere nicht denkbar.

Damit verliert das Argument an Gewicht, auch unsere westlichen Nachbarn seien gegen ein einheitliches Deutschland eingestellt. Natürlich haben sie kein größeres Interesse daran als die Deutschen selbst. Auch ihnen dürfte das Hemd näher sein als der Rock. Viele haben auch sicherlich ihre negativen Erfahrungen mit Deutschen während des Zweiten Weltkrieges noch nicht bewältigt. Aber schon 1954 haben sich die Regierungen unserer wichtigsten Partnerstaaten im Deutschlandvertrag¹³⁾ verpflichtet, für die Einheit Deutschlands einzutreten. Was aber die öffentliche Meinung in diesen Ländern anbelangt, so wird es nicht zuletzt von unserem eigenen Verhalten abhängen, wie sie sich unseren nationalen Belangen gegenüber einstellt.

Was will die Bevölkerung in der DDR?

Häufig wird auch argumentiert, die DDR-Bevölkerung wolle gar nicht mehr eine gemeinsame Nation mit uns bilden. Man meldet Zweifel daran an, ob es geboten erscheint, an einem Begriff „deutsche Nation“ festzuhalten. Man stellt fest, die Mehrheit in der DDR wolle wahrscheinlich unsere Lebensformen, so wie sie sind, gar nicht übernehmen. Die Kritiker der SED in der DDR wollten einen anderen Sozialismus und jedenfalls keinen Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland¹⁴⁾.

Allen diesen Mutmaßungen liegen keine exakten, methodisch einwandfrei zustande gekommenen und überprüfbaren empirischen Untersuchungen zugrunde. Zwar gibt es auch in der DDR eine Meinungsforschung, die sich

auf die uns interessierenden Gebiete erstreckt. Ihre Ergebnisse werden aber streng geheimgehalten und nur wenigen im Führungsapparat der SED zugänglich gemacht. Sie lassen sich nur im Wege des Umkehrschlusses aus den Reaktionen der SED-Führung erahnen.

Wenn es das Politbüro des Zentralkomitees der SED z. B. für notwendig erachtet, in seinem Beschluß über die Massenarbeit besonders nationalistischen und bürgerlichen Bestrebungen den Kampf anzusagen¹⁵⁾, dann wird es dafür wohl seine Gründe haben. Sie liegen offenbar in anderen Erkenntnissen der SED-Führung hinsichtlich des gesamtdeutschen Bewußtseins der DDR-Bevölkerung begründet, als sie manche sogenannte DDR-Kenner im Westen haben^{15a)}.

So lassen sich einige Feststellungen treffen: Wenn es, was auch von Erich Honecker nicht bestritten wird, eine nicht unerhebliche Ausreisebewegung in der DDR gibt¹⁶⁾, können unsere Lebensformen, so reformbedürftig sie sein mögen, offenbar doch nicht ohne Attraktivität auf große Teile der DDR-Bevölkerung sein. Wenn es stimmte, daß die Kritiker der SED in der DDR nicht unsere „kapitalistischen“ (in unserem Verständnis: sozial-marktwirtschaftlichen) Verhältnisse wollen, sondern nur einen „anderen Sozialismus“, so wäre hieran jedenfalls am bemerkenswertesten, daß auch sie offenbar den „realen“ Sozialismus, so wie er sich ihnen darbietet, ablehnen. Dies ist wichtig! Wenn die weltpolitischen Konstellationen eine Wiedervereinigung Deutschlands zulassen, könnte man sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung auch mit diesen Kritikern darüber auseinandersetzen, wieviel Sozialismus der marktwirtschaftlichen Ordnung beigegeben werden oder an ihre Stelle gesetzt werden sollte. Schließlich verbietet das Grundgesetz eine sozialistische Politik durchaus nicht, sondern eröffnet hierzu sogar in Artikel 15 die Möglichkeit, unabhängig davon, ob das zweckmäßig wäre oder nicht. Und nicht zuletzt lehrt das starke Interesse, das man in allen Bevölkerungskreisen der DDR den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland entgegenbringt, daß — jenseits al-

¹⁵⁾ Neues Deutschland v. 21./22. 5. 1977.

^{15a)} Vgl. auch William Treharne Jones, Was ist des (Ost-)deutschen Vaterland? Deutschland-Archiv 5/1977; Treharne Jones war vier Jahre lang als britischer Journalist in Berlin und in der DDR tätig.

¹⁶⁾ Interview in Saarbrücker Zeitung vom 19. und 21. 2. 1977, nachgedruckt in Deutschland-Archiv 4/1977, S. 429 ff. Danach seien 1976 mehr als 10 000 Auswanderungsanträge von den DDR-Behörden genehmigt worden.

¹³⁾ Art. 7 Abs. 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Generalvertrag) vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954, abgedruckt bei „Dokumente des geteilten Deutschland“, herausgegeben von Ingo Münch, Stuttgart 1968, S. 229 ff.

¹⁴⁾ So auch Schmidt-Sinns, Überlegungen..., a. a. O., S. 54.

ler Kritik an den Verhältnissen bei uns — trotz einer nun bald dreißigjährigen separaten Entwicklung das Gefühl der Verbundenheit bei der DDR-Bevölkerung zu keinem anderen Nachbarn so stark entwickelt ist wie zu den Deutschen in der Bundesrepublik. Man darf bei derartigen Diskussionen nie vergessen, daß der vielen Menschen unverstänglich anmutende, weitgehend akademische Streit um die Definition von Begriffen wie Nation und Nationalität den Durchschnittsbürger in Ost und West überfordert. Er hat entweder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit oder er hat es nicht. Im ersteren Falle nimmt er einfach Anteil am Schicksal von Menschen, die seine Sprache sprechen und mit denen ihn Beziehungen vielfältiger Art verbinden.

Die Deutschlandpolitik der SED

Der Vollständigkeit halber muß auch das Argument geprüft werden, das derzeit vor allem von der SED-Führung mit Vehemenz vorgebracht wird: Die deutsche Frage sei durch die Entstehung zweier Nationen in Deutschland entschieden.

Die SED ist damit deutlich von ihrer früheren Deutschlandpolitik abgerückt, die auf die „Überwindung der Spaltung der deutschen Nation, die von den deutschen und ausländischen Imperialisten hervorgerufen“ worden sei^{16a)}, abzielte und zu diesem Zweck eine „deutsche Konföderation“ vorsah.

Es ist offenkundig, daß die neue Argumentation, deren Ursprung ziemlich genau auf das Frühjahr 1970 datiert werden kann, nur aus der Not geborene Reaktion ist auf die Gefahren, die nach Meinung der SED-Führung von der Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel und ihrer Nachfolgerin auf das innere Gefüge der DDR, insbesondere auf die Bewußtseinslage der dortigen Bevölkerung, ausgehen. Abgesehen davon, daß die Behauptung der Existenz einer sozialistischen deutschen Nation, die sich auf die DDR beschränkt, auch aus kommunistischer Sicht anfechtbar ist¹⁷⁾, vermag doch niemand zu erklären, warum man noch 1968, also nur zwei Jahre früher, bei der Verabschiedung der 2. Verfassung der DDR ganz offensichtlich von einem anderen, dem unseren entsprechenden Nationbegriff ausgegangen ist. Ausführungen führender Funktio-

näre machen deutlich, daß die Deutschlandpolitik für die SED auch nach der Verfassungsänderung vom Jahre 1974 mit ihrer Eliminierung aller Bezüge auf die deutsche Nation nicht abgeschlossen ist. Die SED-Führung hat sich vielmehr alle Hintertüren offengelassen, um eines Tages, wenn die Einflüsse aus dem Westen nicht mehr als so bedrohlich angesehen werden, das Ruder wieder herumzuwerfen und erneut entsprechend dem Verfassungsauftrag von 1968 die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage von „Demokratie und Sozialismus“ anzustreben¹⁸⁾.

Die neuen Definitionsbemühungen der SED-Führung in bezug auf die deutsche Nation sind für uns vor allem deshalb von Interesse, weil sie einen quasi Alleinvertretungsanspruch der „sozialistischen deutschen Nation“ auf alle positiven Aspekte der deutschen Geschichte und Kultur statuieren — bis hin zu dem, was man gemeinhin als „deutsche Tugenden“ wie Fleiß und Arbeitsdisziplin bezeichnet, die den Deutschen in der Bundesrepublik zum Teil direkt abgesprochen werden. So erklärte Rudi Singer in Radio DDR auf eine Höreranfrage „Warum unterscheiden wir zwei deutsche Nationen?“ wörtlich¹⁹⁾: „Und wenn wir uns die Realität betrachten: nicht in der kapitalistischen BRD, sondern in der DDR mündeten alle guten deutschen nationalen Eigenschaften, wie der theoretische Sinn der deutschen Arbeiterklasse, Fleiß, hohe Arbeitsdisziplin und Arbeitsfertigkeit. Seitdem haben sie sich wesentlich erweitert. Man sagt uns Deutschen (gemeint ist die DDR, D. K.) heutzutage echte Friedensliebe, tiefe Menschlichkeit, Achtung und freundschaftliche Haltung gegenüber anderen Völkern nach... Darin sind wir eins mit allen anderen sozialistischen Nationen, und nichts unterscheidet uns von ihnen in dieser Frage.“

Diesen Hochmut, der in der praktischen Politik, vor allem in der auswärtigen Kulturpolitik, durchaus von Bedeutung sein kann, sollte man ernst nehmen. Hier bekommt der oft zitierte „Wettkampf der Systeme“ eine neue Dimension, die über den wirtschaftlichen Bereich weit hinausgeht.

^{16a)} Präambel der Verfassung der DDR von 1968.

¹⁷⁾ Vgl. Stichwort „Nation und nationale Frage“ in: DDR-Handbuch, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1975, S. 582 (wissenschaftl. Leitung Peter Christian Ludz und Johannes Kuppe).

¹⁸⁾ Vgl. hierzu — unter Hinweis u. a. auf entsprechende Äußerungen Honeckers—Eberhard Schneider, Die SED der 80er Jahre. Das neue Programm und Statut der Partei, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 23—1977, S. 19 ff., und Peter C. Lutz, Die DDR zwischen Ost und West, München 1977, S. 241 f.

¹⁹⁾ Radio DDR am 12. 6. 1977, 13.00 Uhr, zitiert nach DDR-Spiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 11 vom 13. 6. 1977.

Für unser Problem ist es nur von geringer Bedeutung, von welchem Nationbegriff wir ausgehen²⁰⁾. Der Streit hierüber mutet recht akademisch an. Sicherlich sind die Begriffe Willensnation, Staatsnation, Kulturnation nicht identisch. Es kann aber nicht gelehnet werden, daß sie sich mindestens teilweise überschneiden. So ist es sicherlich kein Gegensatz, wenn das Zusammengehörigkeitsgefühl, das eine Willensnation auszeichnet, auch auf dem Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte und einer gemeinsamen Kultur basiert. Und für diejenigen, die sich eine Nation nur unter einem staatlichen Dach vorstellen können, mögen die diesbezüglichen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil über den Grundlagenvertrag von Bedeutung sein²¹⁾. Ernster zu nehmen ist die Frage, ob sich in der Bevölkerung der DDR ein eigenes, spezifisches DDR-Bewußtsein entwickelt hat und ob, wenn diese Frage zu bejahen ist, dieses Bewußtsein einen ausschließenden Charakter gegenüber der westdeutschen Bevölkerung hat. Auch hierüber läßt sich trefflich spekulieren. Nur darf man eines nicht verkennen: Die Bevölkerung der DDR hat unter ungleich schwierigeren politischen und ökonomischen Bedingungen, als wir sie hatten, eine Aufbauleistung nach dem Kriege vollbracht, die ihr zwar nicht den Lebensstandard der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht die Bewegungsfreiheit der westdeutschen Bevölkerung, aber doch immerhin in diesen Beziehungen die führende Rolle im gesamten sozialistischen Lager gebracht hat. Diese Erkenntnis hat die Bevölkerung in der DDR mit einem verständlichen Stolz auf die eigene Leistung erfüllt. Dieser Stolz verkennet nicht, daß diese Leistungen nicht auf das sozialistische System zurückzuführen sind, sondern trotz dieses Systems errungen wurden. Von einer Identifikation mit dem politischen System in der DDR ist dieses Gefühl des Stolzes daher noch recht verschieden²²⁾.

Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik

Was die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen in Ost und West in unseren Schulen anbelangt, so sollten wir uns dabei nicht in erster Linie um die Bewußtseinslage der Jugend in der DDR sorgen. Für uns muß im Vordergrund stehen, ob es unse-

rer politischen Bildungsarbeit gelingt, bei der westdeutschen Jugend ein dauerhaftes Gefühl der Verbundenheit mit der Jugend im anderen Teil Deutschlands wachzuhalten. Dies ist das eigentliche Kriterium für einen Erfolg unserer Bildungsarbeit im deutschlandpolitischen Bereich. Dieser Erfolg wird entscheidend davon abhängen, ob und wie Einflüsse der Massenmedien und persönliche Erfahrungen verarbeitet werden können.

Die größte Gefahr in diesem Bereich liegt z. Z. offenkundig in einer Einengung des Begriffs „Deutschland“ nur auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Entsprechende Tendenzen haben leider 1976 während der Olympischen Spiele einen starken Auftrieb erhalten. Daß maßgebliche Kreise bei uns damals stolz darauf waren, daß die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland unter der Bezeichnung Deutschland (Germany) auftrat, während die Mannschaft der DDR unter dem Namen ihres Staates geführt wurde, war und ist nicht recht verständlich. Bei dem großen Interesse, das sportlichen Ereignissen entgegengebracht wird, hat diese Einengung des Deutschlandbildes auf nur einen Teil Deutschlands sicherlich bei großen Teilen unserer Bevölkerung einen höchst unerwünschten Effekt hervorgerufen. Verstärkt wurde dieser Eindruck dann noch durch die Sportberichterstattung, die es sich vor allem bei den Olympischen Winterspielen nicht nehmen ließ, Sportler aus dem Westen Deutschlands als Deutsche und Sportler aus dem Osten als Vertreter der DDR zu bezeichnen (Fernsehreporter: „Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, unter den ersten 10 kein Deutscher!“

Dabei war der vierte ein Thüringer). Vielleicht auf Grund entsprechender Appelle war ein Teil der Sportpresse bei den Sommerspielen problembewußter. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß derartige Berichte eine wichtige Ursache dafür sind, daß manche Jugendliche bei uns offenbar die Bewohner der DDR als so etwas ähnliches wie deutschsprechende Russen ansehen.

Das Fernsehen, das neben der Sportberichterstattung auch sonst eine besondere bewußtseinsbildende Bedeutung hat, bringt eine Reihe von Sendungen, die interessant sind und besonders das Ziel verfolgen, Verständnis für die Lage des einzelnen in der DDR zu wecken. Die Frage ist nur, ob diese Sendungen eine ausreichende Breitenwirkung erzielen. Es wäre wünschenswert, wenn Lehrer ihre Schüler auf Grund der Programmvorschauen auf diese Sendungen aufmerksam machen und sie in ihren Unterricht einbauen würden.

²⁰⁾ S. hierzu Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 1974, S. 66 ff.

²¹⁾ A. a. O., Abschnitt III 1.

²²⁾ W. Treharne Jones, a. a. O., S. 480.

Klassenfahrten nach Ost-Berlin und in die DDR

Kaum zu bestreiten ist, daß nichts so ein-drucksvoll ist wie persönliche Erfahrungen. Tausende von Schulklassen besuchen Jahr für Jahr Berlin und haben im allgemeinen dabei auch Gelegenheit, wenigstens an einem Tag den Ostsektor der Stadt zu besuchen. Um so bedauerlicher ist es, daß es noch immer Schulverwaltungen gibt, die diesen Klassen nahelegen, bei einem Berlin-Besuch den Ostsektor zu meiden. Die angeführten Gründe einer möglichen Gefährdung der Kinder sind sicherlich nicht stichhaltig. Das gilt insbesondere dann, wenn die Schüler vorbereitet werden und sich drüben zurückhaltend bewegen. Der Nachteil, daß diese direkte Informations-möglichkeit nicht genutzt wird, überwiegt jedenfalls bei weitem gegenüber allen Bedenken, die sonst noch vorgetragen werden können.

Klassenreisen in die DDR sind in den vergan-genen Jahren nur in Einzelfällen möglich ge-wesen. Es bedurfte immer eines besonderen Glücks und Einsatzes von Lehrern, wenn die DDR-Behörden die Erlaubnis zur Durchfüh-rung einer solchen längeren Reise erteilten. Gelingt das aber und war die Reise gut vorbe-reitet, so war der Bildungserfolg besonders groß²³⁾. Angesichts der politischen Verhält-nisse in der DDR und der beschränkten Un-terbringungsmöglichkeit wird auch in Zu-kunft kaum mit einer nennenswerten Auswei-tung dieser Reisen zu rechnen sein. Um so wichtiger ist es, daß Schüler im Zonengrenz-bereich angehalten werden, mehr von den Möglichkeiten des grenznahen Verkehrs Ge-

²³⁾ Vgl. Bericht über den Besuch einer Wareндor-fer Hauptschulklasse in der DDR im „Stern“, Nr. 46, vom 4. 11. 1976.

brauch zu machen. Lehrer können hierfür eine wichtige Voraussetzung schaffen, indem sie im Sachkundeunterricht, der ja heute teil-weise die Rolle des alten Heimatkundeunter-richts übernommen hat, auch Orte und Land-schaften jenseits der Zonengrenze behandeln. Auch dabei muß das Ziel sein, die Zonengren-ze, so einschneidend sie wirkt, den Schülern nicht als das Ende der Welt erscheinen zu lassen.

Deutschlandpolitik nicht den Feinden der Demokratie überlassen

Zum Schluß möchte ich noch auf einen Ge-sichtspunkt hinweisen, der schon bald an Be-deutung gewinnen kann.

Da anzunehmen ist, daß die SED-Führung und die ihr nahestehenden Kreise in der Bundes-republik Deutschland dann, wenn es ihnen opportun erscheint, ihre Abgrenzungspolitik wieder aufgeben und nationale Gemeinsam-keiten wieder stärker betonen werden, könnte eine Aufgabe der Bemühungen um die deut-sche Nation bei den Demokraten bald fatale Wirkungen haben. So, wie jetzt schon mao-istische Gruppen mit Vehemenz die Einheit Deutschlands auf kommunistischer Grundlage fordern, könnte eines Tages, wenn wir ihr das Feld überließen, auch die SED-Führung eine Chance erhalten, in Kreise einzubrechen, die normalerweise kommunistischem Gedan-ken-gut fernstehen. Aus all dem folgt, daß eine Intensivierung des Themenbereichs „Deutsch-land und die deutsche Nation“ im Schulunter-richt unerläßlich ist. Politiker, Kultusministe-rien, Einrichtungen der Lehrerausbildung und -fortbildung und die Lehrer selbst sind aufge-rufen, sich verstärkt dieser Aufgabe zu wid-men.

Demoskopie und Geschichte

„Was nicht in den Akten ist, das ist nicht in der Welt“ — dieser Satz war lange Zeit die Grundregel, die methodische Geschäftsgrundlage des wissenschaftlich gebildeten Historikers. In abgewandelter Form mag er auch heute noch gelten: keine historische Aussage ohne Nachweise — ohne objektivierbare, kontrollierbare, quellenkritisch geprüfte Zeugnisse der Vergangenheit. Aber wie sehr hat sich seit den Zeiten Niebuhrs, Droysens und Ranke der Begriff der Geschichte (und der Vergangenheit!) zugleich erweitert und umgeformt; und wie wenig vermögen die klassischen Quellen, die Akten zumal, uns ein umfassendes Bild moderner geschichtlicher Vorgänge zu geben! Die Geschlossenheit der Staatsaktionen und ihres rational geordneten Akten-Niederschlags hat sich in den heutigen Gesellschaften in eine Vielheit unterschiedlich „offener“ Aktions- und Publizitätsfelder aufgelöst; nur noch ein schmaler Kern (etwa in der Verteidigungspolitik, und noch nicht einmal hier!) umschließt die alten staatlichen Arcana — und so kann sich der Historiker, will er sich ein Bild der Epoche machen, nicht mehr darauf beschränken, in ruhiger Betrachtung an Hand der staatlichen Akten zu untersuchen, „wie aus Geschäften Geschichte wird“, er muß auch anderen Quellen Beachtung schenken, Quellen, die Auskunft geben nicht nur über die Protagonisten, sondern auch über den Chor, nicht nur über politische Entscheidungen, sondern über die Bedingungen ihrer Möglichkeit, nicht nur über das Individuelle, sondern über das Zeittypische, die Mentalität einer Epoche. Und dabei wird er ganz von selbst auf die Demoskopie stoßen,

die Demoskopie *als Geschichtsquelle*; er kann nicht darüber hinweggehen, daß wir heute dank dieser Institution über das, „was die Leute denken“, Wissen sehr viel methodischer gesammelt haben und deshalb genauer Bescheid wissen als noch die Kundschafter Ludwigs XIV. oder die Späher Friedrichs des Großen, oder auch die Theoretiker des liberalen Zeitalters, die darüber nachsannen, was „öffentliche Meinung“ sei und wie man ihrer habhaft werden könne.

Wenn es also Zeit ist, *die Zeugnisse der Demoskopie in den Kreis der Geschichtsquellen ebenso aufzunehmen, wie dies mit den Zeitungen und den Ton- und Bilddokumenten von Rundfunk, Film und Fernsehen längst geschehen ist*, dann stellen sich eine Reihe von Fragen. Erstens: Wo liegen, gegenüber dem historischen, zeitgeschichtlichen Stoff, die ihr eigenen Erkenntnismöglichkeiten? (Denn daß es nicht einfach um die bloße Vermehrung der ohnehin erdrückenden Fülle moderner Quellen durch demoskopische Archive gehen kann, ist klar!) Zweitens: Wie fügt sich Demoskopie als Geschichtsquelle in den klassisch-modernen Bestand der historischen Quellen ein? (Natürlich kann darauf hier nur eine sehr vorläufige Antwort gegeben werden.) Drittens: Gibt es einen Beitrag der Demoskopie zu der vor allem in Frankreich in den letzten Jahren kräftig in Gang gekommenen Mentalitätsforschung, und wie sieht er aus? Und viertens: An welchen Knotenpunkten unserer Nachkriegsgeschichte ließe sich historische Erkenntnis durch Demoskopie verdeutlichen¹⁾.

I. Geschichte — neu gesehen

Zunächst aber ein Blick auf das, was Johan Huizinga schon vor dem Krieg als „Formveränderung der Geschichte“ beschrieben hat — und worin die Öffnung der Historie für Methoden der Sozialwissenschaft, auch der Kommunikationsforschung, ihren sachlichen Grund hat.

Der Vorgang ist oft geschildert worden. Hier genügen Stichworte. Beispielhaft seien erwähnt die Auflösung, zumindest die Schwächung der geschlossenen Handlungseinheit

Staat sowohl nach außen (Staatsystem) wie nach innen (Staat als Verbandseinheit und Kollektivwillen) und die immer stärkere Berührung zwischen den — früher getrennten — Bereichen des Staatlichen, Öffentlichen, Gesellschaftlichen und Privaten in der modernen Welt. In einem Prozeß sozialer Verflechtung

¹⁾ Wir stützen uns hier auf das Archiv des Allensbacher Instituts für Demoskopie. Zu dessen dreißigjährigem Jubiläum ist die vorliegende Abhandlung entstanden.

tritt an die Stelle klar zurechenbarer (auch *personal* zurechenbarer!) Aktionen und Wirkungen ein Reigen von Interdependenzen unterschiedlicher Beziehungsdichte; das Individuelle und Nationale verliert seine Farbe; Kategorien wie das Burckhardtsche „große Individuum“, aber auch das repräsentative „Volk“ Herders und Michelets treten zurück, dafür rücken die „vielen“, der *common man*, die alltäglich-durchschnittlichen Menschen ins Zentrum der Betrachtung. Das bedeutet einen Wandel des wissenschaftlichen Horizonts: Wenn der Historismus gegen die rationalistische Verfassungslehre seiner Zeit auf das Konkret-Unableitbare abhob, auf die geschichtliche Prägung des Individuums, wenn er mit de Maistre meinte, man habe noch nie *einen Menschen* gesehen, sondern immer nur Italiener, Franzosen, Savoyarden, so geht der heutige Historiker diesen Weg gewissermaßen zurück: Er entdeckte neben *diesem Menschen* (und in ihm!) *den Menschen*, neben der Geschichte konkreter Völker, Staaten, Institutionen die universale Geschichte der menschlichen Natur. „Nicht der Staat, nicht die Kultur sind uns Gegenstand der Geschichte, sondern Menschen und menschliche Gruppen“, schrieb Otto Brunner schon 1939. Und Marc Bloch verglich den Historiker mit einem Menschenfresser: „Là où il flaire la chair humaine, il sait que là est son gibier.“ („Dort, wo er Menschenfleisch wittert, so weiß er, das ist sein Wild.“) Unvermeidlich stößt der Historiker bei seinem Weg vom Konkreten zum Typischen, Allgemeinen auf die Spuren der Sozial- und Kommunikationswissenschaften; denn diese verfügen über Erfahrungen gerade dort, wo er sich im allgemeinen schwertut: bei der Beschreibung eines oft nur statistisch, manchmal nur mit Mitteln der Wahrscheinlichkeits- und Spieltheorie faßbaren Durchschnittstypus Mensch in seinen wechselnden Funktionen und Rollen (als Wähler und Gewählter, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Hauseigentümer, Mieter usw.) — eines Typs, dessen nationale und historische Variationsbreite in der modernen Welt offenkundig abnimmt, so daß die Historie nicht umhin kann, eben das Typische an ihm zu ihrem Thema zu machen.

Ein weiteres: Die moderne Zivilisation beruht in weiten Bereichen auf rationaler Planung und damit auf Berechenbarkeit — man vergleiche nur einmal die Energieversorgung,

den Wohnungsbau oder die Sozialfürsorge einst und heute, oder selbst den Honoratioren-Parlamentarismus von einst mit dem heutigen: Überall stößt man auf Planung — Planung im Sinne „ablauftechnisch gesicherter“ (H. J. Arndt) Erstellung bestimmter Leistungen in bestimmter Zeit. Das bedeutet, daß der Bereich des Spontanen, Unkalkulierbaren — nach traditionellem Verständnis das eigentliche Feld geschichtlicher Erkenntnis — zwar noch vorhanden ist, daß er aber nicht mehr das gesamte soziale Handeln abdeckt (falls er es je tat!): Der Bereich der Entscheidungen, Entschlüsse, der individuell zurechenbaren Handlungen wird heute durchzogen von invarianten Teilstrukturen. Nimmt man noch hinzu, daß *Entwicklung* heute in großen Teilen der Welt Gegenstand rationaler Planung ist, wohingegen es für den Historismus geradezu ein Dogma war, daß eben sie auf keinen Fall geplant werden könne, so wird der Umfang der Veränderungen deutlich.

Schließlich: Geschichte ist nicht nur Handeln. Sie ist (und war immer) auch Erleiden. Dolf Sternberger hat daran vor kurzem eindrücklich erinnert^{1a)}. Wer wüßte es besser als der Mensch des 20. Jahrhunderts! Wenn Demoskopie und Sozialwissenschaften den Stummen im Getriebe der Zivilisation Sprache und Stimme leihen, denen, die sich aus eigenem Antrieb kaum artikulieren, dann muß das nicht — wie Wilhelm Hennis vor Jahren befürchtet hat — die Zuständigkeiten des demokratischen Souveräns, seine Pflicht zu verantwortlicher Äußerung seines Willens verwischen: Meinungen, Gefühle, Stimmungen gibt es ja vor aller Politik! Vielmehr wird hier etwas deutlich, was sich auch in der Historie seit Jahren niederschlägt: die Tatsache nämlich, daß es in Geschichte und Politik eben nicht nur auf die Chorführer, sondern auch auf den Chor ankommt, nicht nur auf die unterscheidbaren Stimmen, sondern auch auf die unartikulierten Stimmungen — und daß neben dem einzelnen, Ereignishaften in der Geschichte etwas steht, was man Konstellation, Atmosphäre, Meinungsklima nennen mag und was für längerfristige Entwicklungen nicht minder wichtig ist als die in Akten faßbaren Tagesentscheidungen und -beschlüsse.

^{1a)} Dolf Sternberger, *Geschichte als Erfahrung und Geschichte als Erkenntnis*, in: FAZ v. 23. 7. 1977.

II. Demoskopie als Geschichtsquelle

Was sich im Feld geschichtlicher Erkenntnis zeigt, das bestätigt sich im Bereich der Quellen. Der klassische Quellenbestand hat sich in der Tat nicht nur arrondiert. Man muß von neuen Dimensionen sprechen. Gleichwohl hat sich die Geschichtswissenschaft mit dem Zuwachs der Quellenbestände aus dem Bereich der Kommunikationsmedien stets schwer getan — aus welchen Gründen immer. Das gilt für die Zeitung²⁾ wie für die Medien³⁾, die sich in Bild und Ton manifestieren. Die Erkenntnis, daß in der modernen Presse „eine historische Quelle von einer Ergiebigkeit, Vielseitigkeit und einem Reichtum an Nachrichten“ zur Verfügung steht, „wie sich dessen keine frühere Zeit je berühmen konnte“⁴⁾, ist vergleichsweise jüngerer Datums; ebenso die Einschätzung der Schallarchive, die ja noch mehr ein Kind unseres Jahrhunderts sind, als „tönendes Geschichtsbuch“⁵⁾. Niemand wird die Geschichte der modernen Literatur, der modernen Musik⁶⁾ oder auch eine moderne Sozialgeschichte schreiben können, ohne auf diese Materialien zurückzugreifen — und auch nicht eine politische Geschichte.

Die Sorge, wie die ungefügten Materialmassen zu bewältigen seien, kann kein Historiker mehr mit Treitschke auf die Seite schieben, der glaubte, das schlechte Papier, auf das Zeitungen gedruckt seien, werde in Staub zerfallen, ehe der Inhalt in den Arbeitsbereich der Historie reiche⁷⁾. Inzwischen haben solche neuen Materialien die methodische Anpassungsfähigkeit der Disziplin herausgefordert; nicht auf sie zurückzugreifen, muß als Kunstfehler gelten. Ihre Erschließung für die Forschung bleibt ein Postulat, das im Falle des gedruckten Mediums einfacher einzulösen ist als bei Bild und Ton. Gleichwohl sind wir Augenzeugen fruchtbarer Ansätze arbeitsteiliger

Kooperation zwischen den historischen Archiven und denen der Rundfunkanstalten⁸⁾.

Geschichtsquellen werden seit Droysen danach unterschieden, ob sie im Hinblick auf die Nachwelt, auf die Übermittlung bestimmter Informationen und Interpretationen entstanden sind (Tradition) oder ob sie, geboren aus den Bedürfnissen der Gegenwart für eben diese Gegenwart, nur mehr oder weniger beiläufig Zeugnis ablegen für die emotionale und soziale Entwicklung, „für die Strebungen und Stimmungen“⁹⁾ einer zurückliegenden Zeit (Überreste). Diese Unterscheidung nach Tradition und Überresten erklärt zweierlei: Zunächst die lange Mißachtung der geschichtswissenschaftlichen neuen Quellen und die Konzentration der Schulen auf die Tradition; sodann die neue Relevanz der „Überreste“ in einer Zeit neuer historischer Fragestellungen, die hinter Staatsaktionen, Urkunden und offizielle Interpretationen blicken, um das Mosaik einer Zeit möglichst real und umfassend zusammenzutragen, die also nach dem „Zeitgeist“¹⁰⁾ forschen. So sehr sie gewiß auch in die Dienste der Tradition treten können — gerade hier sind die neuen Medien als Quellen unentbehrlich. Denn sie zeigen vor allem, was die Zeitgenossen interessiert hat, und sie vermögen ein nützliches Korrektiv für die oft anders gelagerten Interessen des Historikers an dieser Zeit zu sein.

Der verfassungspolitische Wandel wird hier fühlbar, der eine sich um die Medien kristallisierende politische Öffentlichkeit zuließ. An seinem Anfang schon hat Görres Zeitungen charakterisiert als „Stimmen, durch welche die Völker zueinander und zu den Fürsten sprechen“¹¹⁾. Rudimentär ist hier ein Charakteristikum demokratischer Gesellschaften vorweggedacht: die kommunikative Rückbindung von Herrschaft, ermöglicht durch die Funktion der Medien. Es ist vorweggedacht die Relevanz der *öffentlichen Meinung*. Die

²⁾ Martin Spahn, Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten, in: Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik (Berlin), Nr. 37 (September 1908), Sp. 1163.

³⁾ Dazu Ansgar Diller, Tondokumente als Dokumente der Geschichte, in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte, Mitteilungen 4/1975, S. 23—28.

⁴⁾ Wilhelm Bauer, Die moderne Presse als Geschichtsquelle, in: Zeitungsgeschichtliche Mitteilungen. Beiblatt zur Zeitschrift des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum, Nr. 3/6 — 1921, S. 9.

⁵⁾ Gerd Eckert, Der Rundfunk in Archiven, in: Die Literatur 12/1937, S. 747.

⁶⁾ Vgl. Wilhelm Treue, Protokoll der Gründungsversammlung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, Baden-Baden 1969, S. 17.

⁷⁾ Nach Spahn, Sp. 1165.

⁸⁾ Vgl. den Bericht von Franz-Josef Heyen, Kooperation zwischen Landesarchiven und Rundfunkarchiven, in: Studienkreis (vgl. Anm. 3), S. 29—33.

⁹⁾ Bauer, a. a. O., S. 9.

¹⁰⁾ Hans-Joachim Schoeps, Was ist und was will die Geistesgeschichte? Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen u. a. 1959, bes. S. 75. Vgl. auch Joachim H. Knoll, Das Verhältnis Österreich/Preußen zwischen 1848 und 1866 im Spiegel liberaler Zeitungen, in: Publizistik 3—4/1966, S. 265.

¹¹⁾ Nach Franz Schneider, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit, Neuwied und Berlin 1966, S. 220.

historische Analyse der Politik im demokratischen Zeitalter verfehlte ihren Gegenstand, stützte sie sich nur auf die Regierenden und nicht auch auf die Regierten. Geschichte als Erfahrung umfaßt beides und verlangt analytische Bemühungen in beiden Richtungen. Eine neue Verteilung der verfassungspolitischen Kräfte schafft auch ein neues Gewicht von Quellen, schafft neue Fragerichtungen. Das Volk tritt auf die historische Bühne. Wer die Organe, mit deren Hilfe es sich artikuliert oder die es befragen, für „unersetzbares Material“ hält, „um den späteren Betrachter in die Stimmung und Atmosphäre der Zeit zu versetzen“¹²⁾, zieht daraus nur eine richtige methodische Konsequenz. Die Bedeutung der Demoskopie als eines methodisch durchgebildeten, mathematisch abgesicherten Verfahrens zur Ermittlung der Volksmeinung erschließt sich hier von selbst: Beim Versuch, den aktuellen „Zeitgeist“ einzufangen, der Geschichte wird, bewegt sie sich in ihrem ureigenen Element. Dies ist ihr Metier: abzubilden, was in den Köpfen der Befragten vorhanden ist; mehr kann sie nicht — aber dies kann sie nach allen Erfahrungen am besten. Sie wird damit zu einer neuen, unschätzbaren Quelle historischer Erkenntnis. Denn sie vermag das direkt anzugehen, was sich in quellenkritischer Nutzung der Medien immer erst auf dem Umweg der Interpretation ergeben kann.

Quellenkritische Nutzung — ein weiteres Stichwort. Bezüglich der Medien hat hier die Historie lange Zeit gesündigt, indem sie diese, trotz frühzeitiger Hinweise und Warnungen¹³⁾, nur intuitiv und oft recht willkürlich als Steinbruch für Belege und Zitate genutzt hat, ohne analytische Methodik und ohne präzisere Auswahl- und Beurteilungskriterien¹⁴⁾. Dabei besitzen sie politische, ökonomische und handwerkliche Eigengesetzlichkeiten, ja sie sind — und waren es in bestimmten historischen Perioden ihrem Selbstverständnis nach ausdrücklich — politisch instrumentalisierbar, wobei nicht einmal in erster Linie an die Zeit der NS-Diktatur gedacht

¹²⁾ Wilhelm Mommsen, Die Zeitung als historische Quelle, in: Archiv für Politik und Geschichte 1/1926, S. 251.

¹³⁾ Spahn, a. a. O., Sp 1165 ff.; Mommsen, a. a. O., S. 245 ff.

¹⁴⁾ Winfried Lerg, Über die Aussageanalyse audio-visueller Zeugnisse, in: Moltmann/Reimers (Hrsg.), Zeitgeschichte im Film und Tondokument, Göttingen 1970, S. 101.

sei. Daraus entstehen Probleme publizistischer Selektion, bisweilen sicher auch Manipulation. Von der Entwicklung eines entsprechenden quellenkritischen Instrumentariums kann gegenwärtig, soweit zu sehen ist, noch nicht die Rede sein. Besonders liegt — nahezu traditionell — der Irrtum nahe, Medien und öffentliche Meinung seien eins, während doch die Medien vielfältig subjektiv geprägt, ausschnittshaft und gelegentlich auch willkürlich sind. Sie sind präsent in der öffentlichen Meinung, ihre Funktionsweise ist für diese gewiß eine wichtige, ja unentbehrliche Voraussetzung, aber sie sind noch nicht die öffentliche Meinung selbst.

Demoskopie spart solche Umwege quellenkritischer Interpretation. Erspart sie deswegen auch schon Quellenkritik? Wüßte man nicht, daß es Sünder gibt, wäre man geneigt, die Frage zu bejahen. Immerhin ist sie ein hochformalisiertes wissenschaftliches Instrument, methodisch abgesichert und intersubjektiv nachprüfbar — und damit per definitionem „entsubjektiviert“. Mal für Mal legt sie ihre Verfahren und Fragestellungen und die gewonnenen Daten offen — wenigstens, wenn es seriös zugeht. Fehlerquellen sind für jedermann, oder zumindest für jeden Fachmann, erkennbar und kontrollierbar mit Hilfe mathematischer und logischer Operationen; es gibt daran nichts zu deuten und zu deuteln. Das heißt aber: Demoskopie besitzt als Instrument zur Erkundung öffentlicher Meinung nicht nur die relativ größte Reichweite, sie besitzt zugleich auch die relativ größte Verlässlichkeit als Quelle für den Historiker.

Wenn Archive Dämme gegen die Vergeßlichkeit sind¹⁵⁾, dann haben die Archive unserer demoskopischen Institute innerhalb des hier entfalteten Kontexts seit Beginn der Bundesrepublik ihre besondere Funktion: „Aus Umfragen unter vielen tausend Menschen ist seither das Material für eine Geschichtsschreibung entstanden, einer Geschichtsschreibung, die die Ereignisse nicht als Folge politischer und wirtschaftlicher Absichten zeigt, sondern im Echo der Betroffenen. Die Bemühung geht dahin, hierdurch das Gesicht der Epoche deutlicher, und damit vielleicht ergreifender nachzuformen.“¹⁶⁾

¹⁵⁾ Sternberger, a. a. O.

¹⁶⁾ Das Jahr I. Irrtum und Prophetie der öffentlichen Meinung, IFD-Bericht 29 (1949) S. I.

III. Einige methodische Überlegungen

Worin liegt nun die spezifische Leistungsmöglichkeit der Demoskopie als Instrument historischer Erkenntnis? Wie fügt sie sich ein in die Erfahrungen und „methodischen Eroberungen“ heutiger Geschichtswissenschaft? Ausgangspunkt für die Erneuerung der historischen Forschung in vielen Ländern — besonders in Deutschland und Frankreich — ist heute die *Landesgeschichte*. Sie wird zum neuen Fundament historischer Arbeit in einer Zeit universalgeschichtlicher oder ideologischer Relativierung der „Nation“. Dabei orientiert sich die Forschung, wie erwähnt, nicht mehr so sehr am herausragenden Einzelereignis, sondern am Typischen, Gleichbleibenden — quellenmäßig gesprochen: nicht mehr so sehr am klassischen politischen Aktenstück, sondern an „seriellen“ Zeugnissen (Pfarrbüchern, Notariatsakten, Steuerverzeichnissen, Preislisten usw.). Basis dieser neuen Sozialgeschichte ist eine vor allem in Frankreich mit beträchtlichem methodischen Aufwand entwickelte historische Demographie. Sie erlaubt genauere Bestimmungen und Quantifizierungen überlieferter Schemaschemata (was heißt denn eigentlich Adel, Bürgerum, städtisches oder ländliches Proletariat, Beamtenschaft, Intellektuelle?), sie läßt langfristige Entwicklungen klarer hervortreten, sie entzaubert eilfertig gezimmerte historische Dramaturgien. Kurzum, sie setzt den Historiker in die Lage, von der Vergangenheit, vor allem der prä-industriellen Vergangenheit, zugleich vorsichtiger, nüchterner und genauer zu sprechen — ein beträchtlicher Gewinn.

Was hier in methodisch komplizierten Regional- und Lokalforschungen, in unendlicher Kleinarbeit für die Vergangenheit mühsam erhoben werden muß, das liefert heute für die Gegenwart in großem Umfang die amtliche Statistik frei Haus. Ist die Demoskopie nur deren willfährige Magd? Keineswegs. Sie hat eigene methodische Möglichkeiten und Präferenzen. Sie kann, was in der Statistik zum blassen Durchschnitt gerinnt, wieder differenzieren, indem sie ihre Fragen, sozusagen durch die statistischen Kriterien hindurch, an *Individuen* richtet. So ist sie in der Lage, ein nach Altersgruppen und Geschlecht, nach Stadt und Land, nach politischer Einstellung grobflächig gemustertes Bild dieser Gesellschaft vor unseren Augen erstehen zu lassen. Darüber hinaus kann sie in Einzelinterviews jederzeit „nachfassen“, wenn die allgemeinen Ergebnisse nicht genügend aussagen über Motive, Hintergründe, tieferliegende Antriebe der jewei-

ligen Einstellungen. Vor allem aber: Fragen können in zeitlichen Abständen, regelmäßig oder unregelmäßig, wiederholt werden; dadurch ergibt sich die Möglichkeit, Wandlungen der Einstellung mit quellenmäßiger Präzision zu fassen, den Fluß der öffentlichen Meinung gleichsam zu stauen, damit sein Stand gemessen werden kann.

Hier gewinnt die Demoskopie Anschluß an das, was man heute in Frankreich *Mentalitätsforschung*, in Deutschland *Zeitgeistforschung* nennt. Beides sind unterschiedliche Ausprägungen einer Bemühung, die darauf zielt, den Rang des historischen Einzelereignisses deutlicher zu bestimmen, indem sie es auf den Hintergrund des (zu jener Zeit) Denkmöglichen projiziert. Das historische Faktum wird gleichsam mit den Möglichkeiten seiner Konzeptualisierung durch die Umwelt konfrontiert. Es zeigt sich dann etwa, daß der Atheismus eines Rabelais keiner war, weil ihm jede Möglichkeit der sozialen Realisierung in der Breite fehlte — Bekundungen des Unglaubens, die, normal betrachtet, Voltaire vorwegzunehmen scheinen, bleiben unter den gegebenen Bedingungen bloße Sammlung von Requisiten (L. Febvre). Ein ähnlicher Fall: Kolumbus entdeckt Amerika nicht im 15., sondern erst im 18. Jahrhundert: weil sich erst in dieser Zeit, mit der Aufklärung, den Enzyklopädisten usw., ein Bewußtsein der erweiterten, nicht mehr allein europäisch zentrierten Geschichtsszene bei weiteren Bevölkerungskreisen zu verbreiten beginnt. Das Unternehmen ist nicht ohne Klippen: „Denkstrukturen“ haben nun einmal nicht die gleiche Konsistenz wie Sozialstrukturen. Die Gefahr liegt nahe, daß man beim Versuch, „Geistesgeschichte“ so unmittelbar zu fassen, in eindrucksvolle Unverbindlichkeiten gerät. Doch die heutige Mentalitätsforschung profitiert von der gewaltigen Ausdehnung der Quellenbasis durch die Sozialhistorie, sie ist dadurch gegen hermeneutische Alleingänge und unkontrollierten Tiefsinn besser gefeit als ihre Vorgänger.

Was aber sind Mentalitäten? Theodor Geiger hat sie frühzeitig definiert als „bewegende Kräfte“¹⁷⁾, als eine geistig-seelische Disposition, als Prägung des Menschen durch eine soziale Lebenswelt und die in ihr gemachten Lebenserfahrungen. Mentalität ist subjektiv, formlos, fließend — und eben dadurch scharf unterschieden von Ideologie: „Mentalität ist

¹⁷⁾ Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932, S. 4.

eine Haut — Ideologie ein Gewand.“¹⁸⁾ Wenn es zutrifft, daß Mentalität bestimmt wird durch die beobachteten Merkmale der objektiven Lage, dann ist sie nichts anderes als verarbeitete Zeiterfahrung. Als bewegende Kraft muß ihre Gestalt und ihre Umformung — auch die Haut erneuert sich ja im biologischen Rhythmus — für den um Verständnis und Erklärung bemühten zurückblickenden Historiker, aber auch für den in der Zeit handelnden Politiker von allerhöchstem Interesse sein. Beide haben, wenn sie sich nicht auf Spekulation oder auf die keineswegs repräsentativen — weil eine gesellschaftliche Elite darstellenden — Leitartikel und Kommentatoren verlassen wollen, als Sonde in dieses Lagebewußtsein der Bevölkerung allein die aktuellen oder archivalischen Daten der Demoskopie zur Verfügung. Die Demoskopie hat auch hier das eben schon erwähnte Privileg des direkten Zugriffs: Die Erforschung von Mentalität erfordert umfangreiche empirische Untersuchungen. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Demoskopen dabei sind, die Relevanz der Mentalität für die Geschichtsforschung zu entdecken¹⁹⁾ — die Demoskopen, die ja auch das Instrumentarium verwalten. Die Historiker kennen diese Relevanz längst, aber sie wissen, was die Zeitgeschichte angeht, noch nicht, wo die Instrumente bereitliegen. Daher muß die Frage, ob z. B. die Geschichte der Jahre zwischen 1963 und 1969 richtig geschrieben werden könne, „wenn man nichts mehr weiß von der gereizten Spannung, dem fiebrigen, auf Veränderung drängenden Meinungsklima, das damals alle Handelnden empfanden“²⁰⁾, unmittelbar an die Historiker weitergereicht werden; in der Tat kann Geschichte ohne solche Kenntnis eben nicht geschrieben werden — wie überhaupt die Geschichte dieser Republik nicht, wenn nicht die explosive Stimmung der fünfziger Jahre, die sich entfaltenden politischen und ökonomischen Antagonismen, wenn nicht die Entspannung, ja ruhige Stabilisierung bis zur Mitte der sechziger Jahre, ihr Zerbröckeln und ihr atemberaubender Verfall ab 1965 bzw. 1969—1973 als erkenntnisträchtige Daten mit einbezogen werden.

Die Ursachen für das fiebrige Meinungsklima zwischen 1963 und 1969, um bei diesem Beispiel zu bleiben, lassen sich benennen. Es ist die demoskopisch gemessene Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit auf innen-

außen- und wirtschaftspolitischem Gebiet, die den Wunsch entstehen ließ, aus dieser Spannung durch Veränderung zu fliehen: Es muß etwas geschehen! Die Daten können hier nicht im einzelnen ausgebreitet werden. Man kann sie nachlesen²¹⁾. Aber die Leistungsfähigkeit des Instruments ist nachgewiesen. Es ist in diesem Bereich sogar besonders sensibel.

Wenn Mentalität sich wandelt, merken die Demoskopen es ohnehin zuerst; sie können es, ganz ungewollt, dadurch wahrnehmen, daß ihre erprobten Fragestellungen plötzlich nicht mehr greifen. Sie müssen verändert werden, weil sie den Befragten nicht mehr ansprechen. „Instrumentenverfall“ nennt das die Fachsprache (Talcott Parsons). Instrumentenverfall durch Mentalitätswandel, wie ihn die Demoskopie auch hierzulande erleben mußte bei ihren Forschungen im Intimbereich der schonungslos befragten Nation. Auf die Frage: „Wenn ein Mädchen und ein junger Mann zusammenleben, ohne verheiratet zu sein: Finden Sie, daß das zu weit geht, oder finden Sie nichts dabei?“ antworteten junge Männer unter dreißig 1967 zu 48, 1973 zu 94 Prozent, junge Frauen zu 24 und zu 92 Prozent: „Finde nichts dabei“. Es liegt auf der Hand, daß bei solch extremem Wandel heute nach weitergehenden Einstellungsveränderungen auf diesem Gebiet anders gefragt werden muß als in den sechziger Jahren. Dies nur als Beispiel.

Gerade im Bereich der Werte hat die Haut der Deutschen, ihre Mentalität, geradezu revolutionär anmutende Änderungen erfahren. Daß seit 1967 die „bürgerlichen Tugenden“, oder wenigstens ein Teil von ihnen, die auch hierzulande seit der Zeit der Aufklärung ihren festen Platz hatten, extremem Verfall in allen Bevölkerungsschichten unterliegen, am radikalsten bei der jungen Generation, ist ein kulturhistorischer Befund von größter Bedeutung. Es ist historisch und politisch von erheblicher Tragweite, wenn die zusammenfassende These, aus umfassenden Daten abgeleitet, zutrifft, daß die Arbeiter im materiellen Bereich verbürgerlichen, daß aber im geistigen Bereich ein genereller Anpassungsprozeß an Unterschichtenmentalität sich vollzieht, ausgedrückt durch Arbeitsunlust, Ausweichen vor Anstrengungen, unmittelbarer Befriedigung statt langfristiger Zielspannung, Egalitätsstreben, Zweifel an der Gerechtigkeit für Belohnungen, Statusfatalismus²²⁾. Der Rück-

¹⁸⁾ Ebenda, S. 77 ff., Zit. S. 78.

¹⁹⁾ Elisabeth Noelle-Neumann, Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949—1976, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 523 ff. (526 f.).

²⁰⁾ Ebenda, S. 527.

²¹⁾ Ebenda, S. 526 f.

²²⁾ Elisabeth Noelle-Neumann, Werden wir alle Proletarier? Reformen in neuer Richtung, und: Die Lust an der Revolution erlosch, in: Die Zeit Nr. 25/1975, Nr. 26/1975, und Nr. 18/1976.

gang „bürgerlicher Werte“ hat sich auf dem Niveau von 1972 stabilisiert, d. h., ein starker Veränderungsprozeß ist mittlerweile zum Stillstand gekommen.

Vorbei scheint auch zu sein — um die „Haut“ in einem zweiten Bereich zu untersuchen — der Drang zu revolutionärer Veränderung. Den Klassenkampf halten heute nicht mehr Menschen für notwendig als 1950, nach ganz anderen Werten zu Beginn der siebziger Jahre; Systemveränderung wünschen 1975 und 1976 noch ganze 10 Prozent²³⁾. Überhaupt werden hohe Erwartungen ganz aktuell in die Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems der Bundesrepublik zur Bewältigung der Zukunftsprobleme investiert. Mit einer Horrorliste an Problemen konfrontiert, glauben 70 % an die Problemlösungskapazität der demokratischen Staatsform. Das spricht für die Herausbildung einer demokratischen Mentalität hierzulande — ein gleichfalls nahezu revolutionärer Befund für den, dem die kanonisierten Thesen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik geläufig sind, die von einem eher apathischen, obrigkeitstaatlichen Verhältnis der Deutschen zur Politik wissen wollen²⁴⁾. Tatsächlich wird die politische Kultur gegenwärtig unter Rückgriff auf die demoskopischen Datenbanken neu untersucht — mit überraschenden Ergebnissen. Die Unterstützung für diese Demokratie und die Zufriedenheit mit ihr trotz aller Vorbehalte haben beachtliche Ausmaße angenommen. Wie die Daten zum politischen Interesse, zur Bereitschaft zur politischen Diskussion und zur Beteiligung an Bürgerinitiativen zeigen, hat auch die Fähigkeit zu aktiver politischer Partizipation zugenommen. Sie steht in nichts mehr jener in älteren Demokratien nach. Im Gegenteil: Entgegen den vielfältigen publizistischen Kassandrarufern stehen die Institutionen in Ansehen — auch das Parlament, auch Bundesrat und Föderalismus. Es zeigt sich insgesamt, daß die Wachstumstendenzen des politischen Interesses zurückzuführen sind auf wachsende Unterstützung für die Schlüsselwerte und -institutionen dieses politischen Systems. Politische Mobilisierung, früher Indikator für Systemkrisen oder zumindest für Unzufriedenheit, hat sich gewandelt zu einem systemunterstützenden Prozeß²⁵⁾.

Gewiß sind wir befangen und neigen zur Vorsicht: Was sich aber aus den demoskopischen Daten, die immerhin zu Zeiten schlimmer wirtschaftlicher Rezession erhoben wurden, ergibt, kann nur als Aufbau — und zwar als sich stabilisierender Aufbau — einer demokratischen Mentalität in dieser Republik bezeichnet werden. Auch hier müssen zeitgeschichtliche Diagnosen, die zu warnenden Prognosen umgedeutet worden sind, korrigiert werden. Niemand wird gewiß vom Aufbau und von der Stabilisierung solcher mentaler Strukturen mehr überrascht sein als die Historiker. Der systemkritische Zweig der Politikwissenschaft ist empirisch ohnehin unbelehrbar, umdenken aber müssen auch eine Anzahl von Publizisten.

Ein drittes historisch interessantes Segment der Mentalität sind die Zukunftserwartungen²⁶⁾. Das ist keineswegs paradox; denn historisches Verständnis und historische Erklärung können nicht daran vorbeigehen, daß Zukunftsprojektionen und Zukunftserwartungen Handlungsmaßstäbe in der konkreten Gegenwart darstellen. Die Langzeitanalyse von 1952 bis 1976 offenbart, daß noch nie so wenig Menschen ein immer leichteres und so viele ein immer schwereres Leben erwartet haben wie zu dieser Zeit. Als Urheber für einen drastischen Stimmungseinbruch konnte der Schock der Ölkrise ermittelt werden. Daß inzwischen die Wissenschaft, und gerade auch jene, die vor nicht allzu langer Zeit mit großer publizistischer Unterstützung ihre apokalyptischen Beschwörungen in Umlauf gebracht hat, für die Menschheit wieder „neue Horizonte“ entstehen sieht, wie etwa der Club of Rome, daß Hermann Kahn und Wassily Leontief die bedrängenden Fragen nach Wachstum, Übervölkerung, Energie- und Rohstoffversorgung als schlimmstenfalls mittelfristig lösbare Übergangsprobleme klassifizieren, all das ist jedenfalls in der Bevölkerung in der Bundesrepublik noch nicht „angekommen“. Im Vordergrund ihrer Zukunftserwartungen stehen ungelöste Probleme: Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, innere Sicherheit, Umweltschutz, Rohstoffversorgung und weltwirtschaftliche Entwicklung begründen eine besorgte Zukunftsstimmung.

Historisch interessant ist dabei gerade das Anwachsen bestimmter Sorgethemen, das so aussagekräftig ist für das Bild einer Zeit: Im Dezember 1973 war das heutige Spitzenthema Arbeitslosigkeit im Sorgenkatalog noch gar nicht enthalten — übrigens ein Indiz für die

²⁶⁾ Vgl. IfD, Zukunftserwartungen. Entwicklungstendenzen, aktuelle und künftige Probleme aus der Sicht der Bevölkerung (1976).

²³⁾ IfD-Umfrage Nr. 3015, 3038 (1975; 1976/77) und 2081, 3002 (1972 und 1974).

²⁴⁾ Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture, Political Attitudes and Democracy in five Nations*, Princeton 1963.

²⁵⁾ David P. Conradt, *Changing German Political Culture, Pre-Publication Copy, April 1977* (= Chap. 7 in: Almond/Verba, *The Civic Culture Revisited*, Princeton 1977).

Richtigkeit der These, daß heute fast nichts in der Welt ist, was sich nicht in den Akten der Demoskopie niederschlägt, zumindest was das öffentliche Bewußtsein anbetrifft. Ein Jahr später rangiert das Thema noch weit hinter der Inflationsangst. Erst im Dezember 1976 wird das Dauerthema Preissteigerungen verdrängt von der Sorge um die Arbeitslosigkeit: Die Bedeutungssteigerung des Themas verläuft ungefähr parallel zu seiner Verfestigung als strukturelles ökonomisches Problem, mit einem geringen zeitlichen Abstand. Eine verunsicherte Gesellschaft in Lebensangst — so etwa wird sich der Befund dem künftigen Historiker präsentieren. Zur „Haut“, zur Mentalität, gehört ebenso die Frage: Auch eine Gesellschaft in Überlebensangst? Es scheint so. Das frühere Selbstbewußtsein gegenüber dem Osten hat sich zwischen 1950 und 1975 gewandelt in ein Gefühl der Schwäche — vielleicht „historisch

der wichtigste Vorgang im Bereich der Stimmungen, der Mentalität“²⁷⁾. Nicht mehr Amerika, sondern Rußland wird als mächtigster Staat der Zukunft gesehen (wobei sich zwischen 1975 und 1977 hier die Chance einer Trendwende andeutet²⁸⁾), nicht der Westen, sondern der Osten gilt militärisch als überlegen, die westliche Lebensnorm gegen den Kommunismus zu verteidigen ist weniger bedeutsam, wichtiger ist, den Krieg zu vermeiden. Das Gefühl der Bedrohung ist noch immer stark, die Enttäuschung über die Ergebnisse der Ostpolitik allgemein. Der Historiker der Zukunft wird politische Entscheidungen von heute auch auf dem Hintergrund solcher mentaler außenpolitischer Verunsicherung unserer Bevölkerung zu beurteilen haben, die in der Demokratie ja ein Datum ist, an dem die verantwortliche politische Führung nicht einfach vorbeigehen kann.

IV. Demoskopie und Zeitgeschichte

Fragt man, was die Demoskopie zur Erhellung von Geschichte und Geschichtsbewußtsein beitragen kann, so wird man sich nicht lange bei der Kontrolle elementarer Geschichtskennntnisse der Bevölkerung durch Umfragen aufhalten. Wann der Erste Weltkrieg geendet hat, ob Luther vor oder nach dem Dreißigjährigen Krieg lebte — das zu erheben mag zwar speziell für den Historiker, Pädagogen, Politiker aufschlußreich sein, die Sache bleibt aber noch im Vorfeld der hier umrissenen Thematik. (Übrigens sei erwähnt, daß der manchmal vermutete gänzliche Abbruch historischen Interesses, historischer Kenntnis bei der Bevölkerung jedenfalls nach den Erfahrungen des Allensbacher Instituts keineswegs zutrifft.)

1. Meßwerte zur Verarbeitung historischer Erfahrung

Näher ins Zentrum führt die Messung eines anderen Vorgangs. Wie wird historische Erfahrung von der Bevölkerung verarbeitet? Die bürokratische „Bewältigung“ des NS-Regimes in der unmittelbaren Nachkriegszeit stand in Gefahr, die Frage aus dem Auge zu verlieren, ob und inwieweit der Nationalsozialismus im öffentlichen Denken weiterlebte. Eine atemberaubende Momentaufnahme aus dem Jahre 1949 zeigt, daß damals das Dritte Reich von breiten Kreisen erstaunlicherweise noch immer so verstanden wurde, wie es dem Selbstverständnis der „Bewegung“ entsprach: als Staat, in dem „Ordnung“ herrschte; daß die geistige Kriminalität des Systems der Mehr-

heit nie klargeworden ist und seine Realität hinter der sozialen Fassade verborgen blieb; daß die Deutschen nie ‚unpolitischer‘ waren als zur Zeit des Versuchs ihrer zwanghaften und totalen Politisierung, in der die politischen Entscheidungen ihrem persönlichen Einfluß entzogen waren, und sie dies auch so sahen²⁹⁾.

Immerhin schätzten aber schon 1964 54 % das Dritte Reich als Unrechtsstaat ein, und bei Personen mit hohem politischen Interesse wuchs zwischen 1959 und 1972 die ohnehin schon relativ starke Bereitschaft zu aktiver Opposition gegen ein eventuelles Wiederaufleben des Nationalsozialismus kontinuierlich. Andererseits ist die Überzeugung nahezu unbestritten (1969: 70 %), daß es gegen ihn zu Zeiten seiner Diktatur für die Bevölkerung „praktisch keine“ Möglichkeit zum Widerstand gab. Wer könnte entscheiden, wieviel Entschuldigung und Entlastung angesichts der später erkannten historischen Wahrheit gegenüber der zeitgenössischen Gleichgültigkeit diese Daten in sich bergen?

Oder die Daten über den Antisemitismus, gleichfalls erhoben in den ersten Nachkriegsjahren (1949), hochinteressant zur histori-

²⁷⁾ Noelle-Neumann, a. a. O., S. 527.

²⁸⁾ IfD-Umfragen 065 (1953), 088 (1955), 1013 (1957), 1026 (1959), 1036 (1959), 251 (1961), 1063 (1962), 1118 (1961), 2015 (1966), 2048 (1969), 2092 (1973), 3015 (1975), 3039 (1977).

²⁹⁾ IfD, Das Dritte Reich. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, 1949². Vgl. zum folgenden u. a. auch: IfD-Umfragen 1090 (1964), 2048 (1969).

schen Eingrenzung eines sozialpsychologischen Phänomens, ein zeitgeschichtlicher Beitrag zur Wirkung der NS-Propaganda, erschütternd hinsichtlich der offenbaren Gleichgültigkeit der Zeitgenossen: 65 % glauben, daß die NS-Propaganda den Antisemitismus vermehrt hat; 21 % geben zu, diese Propaganda gläubig aufgenommen zu haben; 7 % geben immerhin zu, das Kainsmal des gelben Sterns mit Billigung, 16 % mit Gleichgültigkeit aufgenommen zu haben.

Ambivalent bleibt die Frage der Überwindung des Antisemitismus. Die Pflicht zur Wiedergutmachung wird damals anerkannt von 54 %; aber die individuelle Haltung gegenüber den Juden ist demonstrativ antisemitisch bei 10 %, gefühlsmäßig ablehnend bei 13 %, reserviert bei 15 %, tolerant bei 40 %, demonstrativ freundlich bei 6 %, gleichgültig bei 15 %. Aufschlußreich ist folgendes: Die Ursachen des Antisemitismus identifizieren 53 % in Eigenheiten der Volksgruppe, 12 % in der jüdischen Religion, nur 30 % in der antisemitischen Propaganda (andere Gründe 8 %, unentschieden 14 %) ³⁰⁾.

Von der Verarbeitung historischer Erfahrung ist es nur ein kleiner Schritt zur Prüfung der Qualität politischer Systeme. Dabei kann die Demoskopie selbst handelnd die Bühne der Geschichte betreten: Erinnert sei an die Allensbacher Umfrage 1951 in Südtirol mit auswendig gelernten Fragebogen; die Ergebnisse wurden von Österreich den Vereinten Nationen vorgelegt. Ähnliche Erhebungen fanden statt im Saarland 1952, wo die entscheidenden Fragen (Anschluß an Deutschland oder Frankreich, Selbstständigkeit, Europäisierung) gleichfalls ohne schriftliche Unterlagen gestellt wurden ³¹⁾. Vorsicht war geboten; bei der Wiederholung 1955 wurden Interviewer verhaftet und die nicht bei Nacht und Nebel ins Bundesgebiet gebrachten Unterlagen eingezogen ³²⁾.

2. Demoskopie und Legendenbildung

Ein ausgiebiges Kapitel in dem noch zu schreibenden Buch Demoskopie und Geschichte kann das Thema Demoskopie und Legendenbildung beanspruchen. Wir erinnern uns, welche Rolle die Frage nach angeblich vertanen Chancen der Wiedervereinigung in der deutschen Nachkriegspolitik vor allem der

sechziger Jahre gespielt hat. Im Allensbacher Archiv gibt es dazu 1952—1954 (bezeichnen-derweise!) keine Frage; das Thema war zeitgeschichtlich nicht existent. Es taucht erst 1963 auf, nach Adenauers Rücktrittserklärung. Die Legendenbildung um Stalins Wiedervereinigungsangebot ist ein Kind dieser späteren — auch noch der siebziger Jahre. Die Erinnerung an das Sicherheitsbedürfnis war offensichtlich ausgelöscht. Das Sicherheitsbedürfnis gegenüber den Russen hatte zur fraglichen Zeit — 1952/53 — absolute Priorität. Solch eindeutigen Stimmungen hätte sich auch Adenauer nicht entziehen können, der die öffentliche Meinung oft genug bei den Hörnern packte; denn „all governments rest on opinion“ ³³⁾.

Bestand im Nachkriegsdeutschland die Gefahr einer neuen Dolchstoßlegende? Karl Dietrich Bracher schrieb im SPIEGEL am 13. März 1967: „Die Niederlage von 1945 war eindeutig, die von 1918, so schien es vielen Deutschen, nicht. Aber seit Jahren wächst die Zahl derer, die wieder von Verrat oder gar Dolchstoß sprechen.“ ³⁴⁾ Sie wuchs nicht. Der demoskopische Befund weist die gegenteilige Tendenz nach. Als Ursache für die Niederlage galt „Verrat, Sabotage“ noch 1952 für 26 %, 1959 waren es noch 15 %, 1967 noch 10 %. Hier hat demoskopische Empirie die historische Spekulation klar widerlegt (was freilich noch nicht heißt, daß nicht solche Spekulationen trotzdem weiter blühen).

Was waren die Ursachen der Studentenrevolte von 1967? Die Öffentlichkeit stellt als Hauptmotiv gern die Arbeitsbedingungen an den Universitäten heraus. Der demoskopische Befund indes zeigt, daß die Ursachen gerade hier nicht lagen. Im Gegenteil: Demonstrationsneigung und Unzufriedenheit mit dem Verlauf des Studiums stehen in auffallend geringem Zusammenhang ³⁵⁾, ohne daß dadurch die fast einhellige Forderung nach Hochschulreform tangiert würde. Aber bei den aktionistischen Ausbrüchen ging es nicht um die Hochschule, um die Wissenschaft, sondern um Grundsatzfragen der Politik. Darüber hinaus stützte sich dieser Aktionismus nicht auf ein generell gesteigertes politisches Interesse der Studenten, sondern fast ausschließlich auf das Engagement linker bis ultra-linker Richtungen.

³⁰⁾ IfD, Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik, 1949.

³¹⁾ IfD, Die Stimmung an der Saar, 1952.

³²⁾ IfD, Die Stimmung im Saargebiet, April 1955.

³³⁾ Darstellung der Zusammenhänge bei E. Noelle-Neumann, a. a. O., (Anm. 19).

³⁴⁾ K. D. Bracher, Wird Bonn doch Weimar?, in: Der Spiegel vom 13. 3. 1967, S. 60 f.

³⁵⁾ IfD, Student und Politik. Ein Beitrag zur Frage nach der Ursache der Unruhe an den Universitäten, 1967.

3. Bevölkerung und politische Führung

Öffentlich geäußerte Meinungen und öffentliche Meinung sind bekanntermaßen nicht identisch. Zumeist artikulieren sich nur Minoritäten. Für die politische Führung ist es wichtig, festzustellen, inwieweit sie sich — besonders bei außenpolitischen Fragen — in Übereinstimmung mit der Bevölkerung befindet. Bei den großen Grundentscheidungen der westdeutschen Außenpolitik nach 1949 ergibt sich aus dem demoskopischen Archivmaterial ein eindeutiges Bild: meßbar wachsende Zustimmung zur Westintegration, zur Aussöhnung mit Frankreich (beides gegen erhebliche Widerstände der Publizistik: man denke z. B. an das fast deutschnational argumentierende Pamphlet von Jens Daniel [= Rudolf Augstein], Deutschland — ein Rheinbund?), Bereitschaft zur Bereinigung der Probleme mit dem Osten, meßbare Frustration im Hinblick darauf, daß diese Bereinigung von der Gegenseite nicht honoriert wurde.

Oft ist Demoskopie in jenen Jahren ein Mittel gewesen, die Unterstützung der Bevölkerung für geplante politische Maßnahmen zu testen. Dies gilt vor allem für die Sozialpolitik: sowohl die Renten- wie die Krankenkassenreform sind durch demoskopische Umfragen teils vorbereitet, teils begleitet worden³⁶⁾ — insbesondere der historische Übergang von der Versicherungsregelung zum Generationenver-

I. Anregung und Erkenntnis

Mit diesem Rundblick mag es hier sein Bewenden haben. Der Durchgang durch einige Sach- und Methodenprobleme von Historie und Demoskopie, begleitet von Beispielen aus dem Allensbacher Archiv, hat gewiß kein Lehrstück erbracht, aber doch, so hoffen wir, eine Reihe von Anregungen geboten. Die erste geht dahin (um es zu wiederholen), daß sich Historiker und Meinungsforscher gemeinsam der Aufgabe annehmen mögen, die demoskopischen Archive in die zeitgeschichtliche Arbeit einzubeziehen. Das ist keine unverbindliche Zukost ad libitum, sondern in vielen Fällen der einzige Weg, zu einem getreuen historischen Bild zugelangen. Die zweite Anregung zielt darauf ab, daß die in jenen Archiven (und

trag. Ähnliches gilt für das Pennälergehalt: Es war die Konsequenz der demoskopischen Einsicht (schon 1961)³⁷⁾, daß die Bildungschancen umgekehrt proportional zur Kinderzahl in den Familien war.

Im einzelnen müßte die Verbindung zwischen Umfragen und politischem Entscheidungsprozeß genauer untersucht werden: Welche Probleme stellten sich den Politikern, welche Fragen stellten sie ihrerseits der Demoskopie, welche Alternativen ergaben sich, wie war die Reaktion, die Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung von Meinung und Entscheidung?

Übrigens: Wenn der Politiker sondiert, wieviel öffentliche Unterstützung er mobilisieren kann, mit wieviel Gegenwind er rechnen muß, so heißt das nicht, daß er sich dabei von den Ergebnissen der Meinungsforschung abhängig machen muß. Nur schwache Figuren segeln immer mit dem Wind. Zahlreiche unpopuläre Maßnahmen sind in der Geschichte der Bundesrepublik getroffen worden, obgleich die Politiker entgegenstehende Befunde der Demoskopien in Händen hatten: Das gilt für Erhards Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft und den damit verbundenen Verzicht auf Lohn- und Preisstopp³⁸⁾ ebenso wie für die Wiederbewaffnung, den Verzicht auf die Todesstrafe oder die Einführung der weißen Kreise (Mietfreigabe) bei naher Bundestagswahl.

in der Praxis der Demoskopie) schlummernden methodischen Einsichten und Erfahrungen mehr noch als bisher der universitären Sozialwissenschaft zugeführt werden (und umgekehrt): Beide können dabei nur gewinnen. Und endlich wünschen wir, daß von der demoskopischen Arbeit neue Impulse ausgehen mögen für eine zeitgerecht auf den Begriff gebrachte und zugleich ihrer Tradition verpflichtete Historik. Denn was in diesen Umfragen in unzähligen Fragen und Antworten niedergelegt ist — ist es nicht zugleich ein Beitrag zur Erkenntnis des Menschen, „wie er war, ist und sein wird“ (J. Burckhardt) und damit zur *historia perennis* seiner veränderlich-unveränderlichen Natur?

³⁷⁾ IfD, Familie und Bildungschancen, 1961.

³⁸⁾ E. Noelle-Neumann, Der vergessene Auftrag, in: Ludwig Erhard, Beiträge zu seiner politischen Biographie, Berlin 1972, S. 166 ff.

³⁶⁾ IfD, Die Rentenreform, 1956; Zur Reform der Krankenversicherung, 1958.

In eigener Sache:

„Zwischen der Redaktion der Beilage, den Beiträgen und den Abonnenten der Beilage ist ... eine hohe Übereinstimmung festzustellen.“ — Das gilt auch für den in der Beilage gepflegten Stil kontroverser Auseinandersetzungen. Dieses Resultat ist eines von vielen aus einer vom Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München vorgelegten Leserumfrage, deren wichtigste — ganz überwiegend erfreuliche — Ergebnisse im folgenden auszugsweise wiedergegeben werden. Grund für die Redaktion, sich auf den Lorbeeren auszuruhen? Gewiß nicht, denn die unter der Leitung von Prof. Langenbacher erstellte empirische Forschungsstudie benennt gewichtige, von Teilen der Leserschaft geäußerte Wünsche — etwa im Hinblick auf Themenauswahl sowie auf die in manchen Beiträgen verwendete Fachterminologie. So kann diese Studie der Redaktion als Korrektiv sowohl bei der Themenplanung als auch bei der „Umsetzung“ wissenschaftlicher Ergebnisse gute Dienste leisten.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei den Befragten für ihre Mitarbeit an der Untersuchung bedanken. Ohne die Geduld und Mühe, mit der die angeschriebenen Abonnenten den Fragebogen des Instituts ausgefüllt haben, hätte sie nicht gelingen können.

Die **Berufsstruktur der Abonnenten** zeigt einen sehr starken Anteil an Lehrern, wobei Gymnasiallehrer eindeutig dominieren. Die Kerngruppe der Abonnenten machen neben den Lehrern Studenten aus. Innerhalb der vielfältigen theoretischen Möglichkeiten der Berufsstrukturen zeigt sich hier ein eindeutiges Bild. Geht man von der Beziehung zwischen den Berufen der Befragten und dem allgemeinen Inhalt der Beilage ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ aus, so finden sich drei interessante Gruppen (Frage: *Hat ihre berufliche Tätigkeit etwas mit „Politischer Bildung“ zu tun?*):

— Abonnenten, die einen primären Bezug zur politischen Bildung als Vermittler bzw. Wissenschaftler haben (71,7 %).

— Abonnenten, die beruflich in politisches Handeln involviert sind (16,5 %).

— Abonnenten, auf die weder das eine, noch das andere zutrifft (10,2 %).

Nach eigenen Angaben der Befragten hat bei 30,8 % die berufliche Tätigkeit hauptsächlich etwas mit politischer Bildung zu tun, bei 49,9 % teilweise und nur 18,3 % gaben an, daß ihre berufliche Tätigkeit keinen Bezug zu politischer Bildung hat.

Entsprechend zur Berufs- und Bildungsstruktur ist die fachliche Ausbildung der Befragten zu sehen.

Lediglich 19 % der Befragten haben keine akademische Ausbildung oder absolvieren diese zur Zeit. Weiterhin ist bemerkenswert, daß die akademische Ausbildung der Befragten vorwiegend im Bereich derjenigen Fachrichtungen liegt, mit denen auch die Inhalte der Beilage verbunden sind. Die Beilage trifft also auf ein Fachpublikum im weiteren Sinne.

Allgemeine Rezeptionssituation

Bei der vorliegenden formal hohen Schulbildung darf bei der Stichprobe eine starke Sättigung mit den ‚gängigen‘ Massenmedien unterstellt werden.

Weitaus interessanter scheint hier die Nutzung spezialisierter Informationsmedien zu sein (Fragen: *Lesen Sie regelmäßig Fachzeitschriften, die einen Bezug zu Ihrer beruflichen Tätigkeit haben? Welche Fachzeitschriften sind das?*)

Im Bevölkerungsdurchschnitt liegt die Nutzung von Fachzeitschriften bei knapp 25 %¹⁾. Dies gilt unter Einschluß von Hobbyzeitschriften u. a.

Die Nutzung von Fachzeitschriften ist in der Stichprobe äußerst hoch: 77,2 % lesen regel-

¹⁾ Vgl. Infratest: Kommunikationsverhalten und Kommunikationsnutzen, München im April 1975.

mäßig Fachzeitschriften, die einen Bezug zu ihrer beruflichen Tätigkeit haben.

1 Fachzeitschrift lesen 8,1 % (n = 738)

2 Fachzeitschriften lesen 16,1 %

3 Fachzeitschriften lesen 22,9 %

4 Fachzeitschriften lesen 14,8 %

So geben auch 46,8 % an, daß Fachzeitschriften für sie leicht zugänglich sind. Für 41,5 % sind diese zugänglich; lediglich 8,4 % meinen, daß Fachzeitschriften für sie schwer und 1,6 %, daß sie sehr schwer zugänglich sind.

Es kann also für die Nutzer (genauer: Abonnenten) von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ festgestellt werden, daß sie in außergewöhnlichem Maße spezialisierte Informationsmedien nutzen.

Politisches Engagement

Das *politische Engagement der Befragten* ist besonders hoch (Frage: *Sind Sie aktiv politisch tätig?*): 37,5 % sind Mitglied einer Partei, und davon haben 16,9 % eine politische Funktion innerhalb einer Partei. Weiterhin haben 14,4 % ein politisches Amt im Rahmen von Verbänden, Vereinigungen oder Gewerkschaften. Selbst wenn 57,5 % der Befragten angaben, keine der aufgeführten politischen Tätigkeiten auszuführen, so kann doch angenommen werden, daß die Befragten ein hohes politisches Aktivitätspotential darstellen (Bürgerinitiativen usw.).

Aktive politische Tätigkeit (Mehrfachnennung; Prozentuierung auf N = 738)

	abs.	%
Ich bin Mitglied einer Partei	277	37,53
Ich habe eine Funktion innerhalb einer Partei	125	16,94
Ich habe ein politisches Mandat in der Legislative	26	3,52
Ich bin politisch in der Exekutive tätig	10	1,36
Ich habe ein politisches Amt im Rahmen von Verbänden, Vereinigungen, Gewerkschaften	106	14,36
Nichts davon trifft zu	424	57,45

Das Themeninteresse der Befragten

Das von den Befragten bekundete Themeninteresse kann als weiterer Aufmerksamkeits- und damit Selektionsfilter, angesehen werden. Zumal häufig allein aufgrund des Titels über Lesen oder Nichtlesen entschieden wird, gibt das Themeninteresse Aufschluß darüber, wofür von vorneherein Aufmerksamkeit unterstellt werden kann (Fragen u. a.: *Lesen Sie grundsätzlich alle Beiträge der Beilage oder wählen Sie die Beiträge aus, die Sie lesen? Nach welchen Kriterien wählen Sie die Beiträge aus, die Sie lesen? Welche Themenbereiche interessieren Sie sehr, welche interessieren Sie und welche interessieren Sie weniger?*):

Themeninteresse	738 = 100 %			
	interessiert mich sehr	interessiert mich	interessiert mich weniger	keine Antwort
Gesellschaftspolitik	416 (56,4)	280 (37,9)	28 (3,8)	14 (1,9)
Politische Bildung	385 (52,2)	298 (40,4)	45 (6,1)	10 (1,4)
Zeitgeschichte	403 (54,6)	271 (36,7)	51 (6,9)	13 (1,8)
Demokratische Institutionen	191 (25,9)	374 (50,7)	162 (22,0)	11 (1,5)
Ost-West-Beziehungen	219 (29,7)	355 (48,1)	149 (20,2)	15 (2,0)
Friedens- u. Sicherheitspolitik	204 (27,6)	340 (46,1)	177 (24,0)	17 (2,3)
Dritte Welt	217 (29,4)	307 (41,6)	201 (27,4)	13 (1,8)
Wirtschaftspolitik	251 (34,0)	278 (37,7)	195 (26,4)	14 (1,9)
Europ. Integration	145 (19,7)	332 (45,0)	248 (33,6)	13 (1,8)

Die Schwerpunkte des Themeninteresses liegen damit auf „Gesellschaftspolitik“, „Politischer Bildung“ (als Gegenstand) und auf „Zeitgeschichte“.

Weitgehend auf Desinteresse stoßen die Themen „Europäische Integration“, „Dritte Welt“ und „Friedens- und Sicherheitspolitik“. Das Thema „Wirtschaftspolitik“ erfährt geteilte Aufmerksamkeit.

Bestimmung der Position der Beilage

Die Beilage nimmt unter dem Aspekt der Spezialisierung versus Allgemeinheit von Information eine *Mittelposition zwischen den spezialisierten Fachbüchern und Fachzeitschriften und den ‚allgemeineren‘ politischen Wochenzeitungen ein.*

Während Fachbücher primär vertiefenden und reflektierenden Informationsabsichten dienen, sind politische Wochenzeitungen für zwar vertiefende, aber dennoch eher orientierende Informationsabsichten geeignet.

Die Spezialisierung und Spezifizierung von Media-Images ist zweifellos an die Aktualität der Medien gebunden. Darüber hinaus ergeben sich jedoch auch aktualitätsabhängige Komponenten von Medien-Images. Dies wird am Image der Beilage besonders deutlich:

In der immanenten Struktur des Faktors 1 („allgemeine politische Information“) rücken die Informationsabsichten „Konflikte in der Gesellschaft und deren Funktion zu erkennen“ und „Informationen auf ihren ideologischen Hintergrund hin zu durchschauen“ in Leitpositionen. Darüber hinaus tritt die Absicht „Ein konkretes politisch-gesellschaftliches Problem rational beurteilen zu können“ in die Faktorstruktur ein.

Diese immanenten Verschiebungen signalisieren eine *spezifische Verwendung* von „Aus Politik und Zeitgeschichte“: *Rationalität und bewußte Auseinandersetzung auf der Meta-Ebene politischer Information* (Information über Information) sind Markierungspunkte der Nutzung der Beilage.

Redaktionelle Intentionen, Informationsabsichten und medialer Nutzen

Unter den abgefragten Informationsabsichten finden sich hier Absichten, die direkte Entsprechungen zu den redaktionellen Intentionen aufweisen (Im Fragebogen hieß es u. a.: *Im folgenden werden eine Reihe von Aussagen aufgeführt, die alle mehr oder weniger*

direkt darauf verweisen, warum man sich über Fragen der Politik und Geschichte informiert. Wir haben diese Sätze als Absichten formuliert. Wie wichtig sind diese Absichten für Sie persönlich?):

— kontroverse Standpunkte erkennen bzw. aufzeigen,

— ideologische Hintergründe von Informationen erkennen bzw. aufzeigen,

— politische Alternativen erkennen bzw. aufzeigen,

— politische Probleme rational beurteilen zu können bzw. zu beurteilen.

Wir greifen diese Informationsabsichten wegen ihrer Bedeutung für die Beilage nochmals heraus, um gesondert zu fragen, welche Medien für die Befragten im Streben nach Verwirklichung dieser Absichten am ehesten genutzt werden. Dies bedeutet, daß diese Medien in den Augen der Befragten am meisten zur Verwirklichung dieser Absichten beitragen.

Für diese Fragestellung bilden wir Rangreihen für die Bewertung der Medien. Kriterium ist der Mittelwert, der zwischen „0 = dient gar nicht“ und „3 = dient sehr viel“ variiert.

Mediengratifikation (Ränge)

Rang	Medium	Mittelwert
<i>Kontroversen</i>		
	persönliche Bewertung	2,3691
1	Polit. Wochenzeitung	2,012
2	Beilage	1,8146
3	Fachzeitschriften	1,5995
4	Fernsehen	1,5264
5	Fachbücher	1,4073
<i>ideologische Hintergründe</i>		
	persönliche Bewertung	2,4369
1	Beilage	1,7077
2	Polit. Wochenzeitung	1,6712
3	Fachbücher	1,6333
4	Fachzeitschriften	1,6225
5	Fernsehen	0,9770
<i>politische Alternativen</i>		
	persönliche Bewertung	2,4966
1	Polit. Wochenzeitung	1,7997
2	Beilage	1,7930

3	Fachbücher	1,5710
4	Fachzeitschriften	1,5521
5	Fernsehen	1,1367
<i>Rationale Beurteilung</i>		
	persönliche Bewertung	2,5075
1	<i>Beilage</i>	1,9675
2	Fachbücher	1,8512
3	Polit. Wochenzeitung	1,8376
4	Fachzeitschriften	1,8322
5	Fernsehen	1,1570

Vorerst ist festzuhalten, daß diese Absichten von den Befragten höher bewertet werden als das Informationspotential der aufgeführten Medien: keines der Medien wird also als optimale Möglichkeit bewertet, um diese Absichten zu realisieren.

Weiterhin zeigt sich aber für die Beilage eine wichtige Funktion für diese Absichten. *Die redaktionelle Konzeption für die Beilage schlägt sich in dem von den Abonnenten erwarteten Nutzen durchaus nieder.*

Für die ausgewählten Absichten besteht ein enges Konkurrenzverhältnis zwischen der Beilage und den politischen Wochenzeitungen. Dies scheint wiederum ein wichtiges Ergebnis: Die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ liegt der politischen Wochenzeitung „DAS PARLAMENT“ bei; *die Beilage kann also als ‚Vertiefung‘ dieser Wochenzeitung betrachtet werden.* Von diesem Aspekt her ist die *Symbiose von „DAS PARLAMENT“ und „Aus Politik und Zeitgeschichte“ gerechtfertigt:* Die medialen Eigenschaften ergänzen sich innerhalb des gemeinsamen Rahmens der redaktionellen Intentionen. Die verschiedenen Eigenschaften dieser beiden Medienarten können aufeinander abgestimmt werden.

Um die Positionseinschätzung der Medien zwischen allgemeiner politischer Information und berufsrelevanter Information hervorzuheben, wurde eine Faktorensammlung für die ausgewählten Absichten und Medien erstellt.

Es zeigt sich eine starke berufliche Bestimmung der Beilage zu den Informationsabsichten „ideologische Hintergründe von politischen Informationen zu ergründen“ und „in politischen Alternativen denken zu können“. Hier wird die Beilage als Medium zur Beschaffung beruflich wichtiger Information gesehen.

Der Ich-Bezug der Abonnenten wird durch die Beilage und durch politische Wochenzeitun-

gen in verschiedenen Bereichen differenziert:

— in bezug auf Lebenssituation und Alltag dominiert die politische Wochenzeitung,

— in bezug auf Interessenschwerpunkte und die Vertiefung von beruflich verwertbaren Informationen dominiert die Beilage.

Image und erlebter Stil der Beilage

Neben dem erhofften Informationsgewinn treten Attributzuweisungen als Koppelungen von Erfahrung und Erwartung auf. Die Attributzuweisungen fungieren als stereotype Bilder bei der Zuwendung zu Medien. Sie steuern damit auch indirekt die selektive Wahrnehmung von Medieninhalten.

Im Fragebogen wurden solche Images einmal anhand eines Polaritätenprofils und zum anderen anhand der Bewertung von Aussagen über die Beilage erhoben.

Das Polaritätenprofil bezeichnen wir im folgenden als „Image“ und die bewerteten Aussagen als „Aussagen über Stil und Form“.

Das Image der Beilage bei den Lesern

Bewußt auf Stereotypisierung aus, sollten die Befragten die Beilage in einem Polaritätenprofil einschätzen.

Dabei ergaben sich äußerst *heterogene Einschätzungen* bezüglich folgender Begriffspaare:

- interessant/uninteressant
- monologisiert/diskutiert
- informiert wertfrei/informiert wertend
- bürgernah/bürgerfern
- übersichtlich/unübersichtlich

Die *höchsten Bewertungen* ergaben sich für die Eigenschaften

- sachlich
- interessant
- orientierend
- gibt Anstöße
- klärt
- konzentriert
- aktuell
- übersichtlich

Bewertung des Stils und der Form der Beilage

In der Aussagenliste sind Aussagen über

- die politische Richtung
- die Forums- und Vermittlungsform
- die äußere Gestaltung
- die Wissenschaftlichkeit und
- die Verständlichkeit

der Beilage enthalten.

Folgende Aussagen finden eine hohe Zustimmung:

„Die Beilage ist politisch ausgewogen“

„Die Artikel der Beilage sind wissenschaftlich anspruchsvoll“

„Der Beitrag eines Autors muß nicht unbedingt ausgewogen sein“

„Interessant finde ich die Kontroverse zweier Autoren in der Beilage“

„Der Umfang der meisten Artikel der Beilage ist gerade richtig“

„Artikel der Beilage leisten einen wertvollen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion“

Die politische Richtung der Beilage unter dem Aspekt der Parteipräferenz

Auffällig ist die von der Parteipräferenz geprägte Wahrnehmung der politischen Richtung der Beilage: während CDU-Anhänger eher als SPD-Anhänger meinen, daß in der Beilage häufig Autoren schreiben, die politisch links orientiert sind, neigen SPD-Anhänger mehr zu der Meinung, daß häufig konservative Autoren zu Wort kommen. *Die Wahrnehmung der politischen Richtung erfolgt auf typisch selektive Weise.*

Für die CDU-Anhänger zeigt sich auch eine Tendenz, in der Beilage häufiger ‚politisch extreme‘ Standpunkte und eine ‚polemische Sprache‘ zu beobachten, als dies SPD-Anhänger tun.

Es ist jedoch bedeutsam, daß trotz dieser — durch die Parteipräferenz gefärbten — Wahrnehmungen das Urteil über die politische Ausgewogenheit der Beilage fast einhellig ausfällt. Weder die Aussage „Die Beilage ist politisch ausgewogen“ noch die Aussage „Eine große Zahl der Artikel ist politisch einseitig“ provozieren signifikante Unterschiede in den Antworten. Ihre politische Ausgewogenheit wird der Beilage also über Parteipräferenzen hinweg bescheinigt.

Formales Selektionsverhalten

Die Nutzung der Beilage ist stark von der verfügbaren Zeit der Leserschaft abhängig.

Die meisten Abonnenten der Beilage leiden an Zeitknappheit. Das drückt sich darin aus, daß nur 7,6 % der Befragten angaben „ich habe im allgemeinen genügend Zeit zum Lesen“.

Demgegenüber meinen 30,5 % „manchmal wird die Zeit zu knapp“, 39,6 % „sehr oft habe ich zu wenig Zeit“ und sogar 20,3 % haben nur Zeit zum flüchtigen Überlesen.

Aus dieser Knappheit an Zeit leitet sich offensichtlich ein ausgeprägtes Selektionsverhalten ab.

92,0 % der Befragten gaben an: „ich wähle die Beiträge aus, die ich lese“ wohingegen nur 7,8 % in der Regel oder grundsätzlich alle Beiträge lesen.

Auf die Frage, nach welchen Kriterien die Befragten diejenigen Beiträge auswählen, die sie lesen, ergibt sich folgendes Antwortmuster:

Selektionskriterien

Kriterien	sehr oft	oft	selten	nie	keine Antwort
berufliche bzw. fachliche Kriterien	327 (44,3)	227 (30,8)	108 (14,6)	35 (4,7)	41 (5,6)
persönliches Interesse	342 (46,3)	321 (43,5)	33 (4,5)	1 (0,1)	41 (5,6)
Hintergrundinformation	169 (22,9)	332 (45,0)	181 (24,5)	8 (1,1)	48 (6,5)
Interesse am Autor	22 (3,0)	86 (11,7)	429 (58,1)	149 (20,2)	52 (7,1)

Als nächste Frage stellt sich aber, woraus die Leser zu erkennen glauben, daß sich das Lesen eines Beitrags für sie lohnt. Anhaltspunkte dazu ergeben die Antworten auf die Frage „Wie machen Sie sich gewöhnlich ein Bild von dem zu erwartenden Inhalt eines Beitrags?“

Die Befragten stellen dabei besonders diejenigen Faktoren heraus, die der redaktionellen Gestaltung unterliegen: den Titel und die Zusammenfassung des Beitrags.

Formale Selektionsfilter

Filter	sehr oft	oft	selten	nie	keine Antwort
Titel	221 (30,0)	295 (40,0)	154 (20,9)	35 (4,7)	33 (4,5)
Zusammenfassung	309 (41,9)	221 (30,0)	130 (17,6)	48 (6,5)	30 (4,1)
Autor	30 (4,1)	133 (18,0)	392 (53,1)	139 (18,8)	44 (6,0)
Anlesen	143 (19,3)	245 (33,2)	224 (30,4)	87 (11,8)	39 (5,3)

Interpersonale Kommunikation zur Beilage

Die Befragten unterhalten sich mit anderen über die Beilage: 48 % „ab und zu“ und 12,6 % gaben sogar „häufig“ an. Bei der spezialisierten Information der Beilage ist dies als beträchtlich anzusehen, weil sich Kommunikationspartner für Unterhaltungen über das Fernsehprogramm oder über das Tagesgeschehen natürlicherweise leichter finden. Interessant ist nun, ob dies ein gruppenspezifisches Kommunikationsverhalten ist. Gleiche Interessenstrukturen in sozialen Gruppen können beispielsweise beruflich bedingt sein. Es ist also zu fragen, ob sich die Berufsgruppierungen in solchem Kommunikationsverhalten deutlich unterscheiden:

Es unterhalten sich von den befragten Lesern über die Beilage

von den Lehrern 49 % ab und zu
10,6 % häufig

von den Wissenschaftlern/
Studenten 52,5 % ab und zu
14,8 % häufig

von den Juristen 42,3 % ab und zu
11,5 % häufig

von den Beamten 44,1 % ab und zu
11,5 % häufig

von den freiberuflich Tätigen 46,2 % ab und zu
23,1 % häufig

von den Soldaten 30,8 % ab und zu
30,8 % häufig

von den in Sozialberufen
tätigen 38,5 % ab und zu

von den kaufmännisch
Tätigen 50 % ab und zu

von den sonstigen 37 % ab und zu
14,8 % häufig

Gruppenimmanent ist die Beilage am häufigsten Kommunikationsgegenstand unter „Soldaten“. Überraschend ist auch die Häufigkeit von Unterhaltungen über die Beilage unter freiberuflich Tätigen. Es kommt nun darauf an, unter welchen Aspekten solche Unterhaltungen geführt werden.

Am häufigsten wird von den Befragten angeführt, daß sie ihren Gesprächspartnern Hinweise über bestimmte Artikel geben (62,8 %). Die Beilage gibt den Befragten anscheinend das Gefühl, anderen im Informationsstand voraus zu sein. Andererseits beruht dies u. a. auf der hohen beruflichen Vermittlungstätigkeit der Abonnenten. Die Beilage erreicht im Kommunikationsprozeß Multiplikatoren, die die Informationen der Beilage in sehr starkem Maße weitergeben.

In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß 41,2 % der Abonnenten die Beilage für wissenschaftliche Arbeiten, Vorträge usw. sammeln, daß also die Beilage über interpersonale Kommunikation hinaus in weitere Informations- und Kommunikationsprozesse eingeht.

Der „dokumentarische Nutzen“ der Beilage

Lediglich 2,1 % der Abonnenten sammeln die Beilage nicht. Die Beilage muß also einen ho-

Art der interpersonalen Kommunikation über die Beilage

(Prozentuierung jeweils auf Gruppenumfang, d. h. Zahl der befragten Personen je Gruppe)

Berufsgruppe	Diskussion gemeinsamer Lektüre		ich gebe Hinweise		ich suche weitere Hinweise	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Lehrer	126	37,2	212	62,5	110	32,5
Wissenschaftler	78	42,6	125	68,3	70	38,25
Juristen	8	30,8	19	73,1	9	34,6
Beamte	14	23,7	36	61,0	17	28,8
Soldaten	6	46,2	8	61,5	7	53,8
Freie Berufe	7	53,8	6	46,2	4	30,8
Sozialberufe	5	38,5	7	53,8	2	15,4
Kaufmann	7	31,8	12	54,5	9	40,9
Sonstige	3	11,1	15	55,5	10	37,0

hen dokumentarischen Nutzen haben. 72,1% sammeln alle Hefte und 25,8% nur die Hefte, die die Befragten interessieren. Dieses Ergebnis kann als Werturteil der Befragten über die Beilage insgesamt gesehen werden.

Am Zweck des Sammelns der Beilage läßt sich der Nutzen der Beilage für die Abonnenten ablesen. Dieser Nutzen ist berufsspezifisch geprägt. Für Lehrer und Soldaten spielt die Beilage eine direkte berufsbezogene Rolle („als Materialsammlung meines Fachgebiets“), wahrscheinlich als Material für den politischen Unterricht. Für andere Berufsgruppen ist die Beilage anscheinend zu breit angelegt, als daß sie eine direkte berufliche Verwertbarkeit besäße. Für Wissenschaftler und Studenten dient die Beilage als Quelle für wissenschaftliche Arbeiten und Vorträge. Hauptsächlich wird die Beilage zur allgemeinen Dokumentation gesammelt. Abonnenten, die beruflich weiter von politischer Bildung entfernt sind, betonen dabei eigene — berufs-unabhängige — Interessen. Das Motiv des späteren Lesens wird besonders von Juristen, Beamten und Arbeitern (zusammengefaßt als Sonstige) hervorgehoben.

Der Nutzen der Beilage wird also einmal in berufsspezifischer Hinsicht und zum anderen unter allgemeinen Aspekten gesehen. (Dabei ist auf die Konstellation zu verweisen, daß die nicht beruflich tangierten Abonnenten der Beilage gerade sehr hohes politisches Engagement und hohe formale politische Aktivität aufweisen).

Zusammenfassung

Der Nutzen der Beilage wird von den Abonnenten sehr hoch veranschlagt. Die Handlungsweisen dieser Befragten zeigt folgendes:

— einmal ist das Abonnement der Wochenzeitung „DAS PARLAMENT“ mit der Beilage eine Entscheidung, die auf eine starke Erwartung von Nutzen zurückzuführen ist;

— dann wird dies für die Beilage selbst bekräftigt, sie ist Sammelobjekt fast aller Abonnenten;

— die Beilage wird nicht „konsumiert“, sie dient als Grundlage weiterer Kommunikationsakte der Abonnenten;

— die Beilage hat hohe berufliche Bedeutung für viele Berufsgruppen; der hohe Anteil an Lehrern, Wissenschaftlern und Studenten in der Leserschaft ist wahrscheinlich hochgradig durch die erfahrene berufliche Bedeutung bestimmt;

— das Sammeln der Beilage und der damit implizierte Mehrfach-Gebrauch verweist auf einen quasi „Buchnutzen“ der Beilage, wie er ähnlich bei Fachzeitschriften festzustellen ist.

Wenn vorab festzustellen ist, daß die Beilage vornehmlich Multiplikatoren im Bereich der politischen Bildung erreicht, so ist der Beilage eine wesentliche strategische Position im Vermittlungsprozeß politischer Bildung einzuräumen. Sie liefert dabei nicht nur Informationen,

sie dient darüber hinaus als Grundlage für Diskussionen. Die Beilage scheint ein *geeignetes Medium für die Anregung von Diskussionsprozessen* zu sein.

Dabei besteht auch die Möglichkeit, solche Diskussionen über Fachzirkel hinauszuhoben, weil die Beilage weder ein reines Fachpublikum noch ein Publikum von „Laien“ erreicht. Mit diesen Bedingungen sind aber sowohl Beschränkungen, als auch Entschränkungen von Kommunikationsprozessen gegeben. Für redaktionelle Strategien wäre es wichtig, gerade die Möglichkeiten der ‚Entschränkung‘, die mit der Beilage als „ausgefallenem“ Medium verbunden sind, voll auszuschöpfen.

Frage: „Wie drücken sich Strategien und Selektionen der Redaktion in der Struktur und dem Inhalt der Beilage zur Wochenzeitung „DAS PARLAMENT“ aus?“

Als Vergleichskriterium diente der intentionale Anspruch der Redaktion, der zur Kategoriebildung der Intentionsanalyse herangezogen wurde.

Als diejenigen Intentionen, die in der Beilage am häufigsten thematisiert werden, ergaben sich:

- das Aufzeigen von kontroversen Standpunkten zu politischen Problemen;
- das Aufzeigen von politischen Problemen im Zusammenhang mit Interessen;
- das Aufzeigen von ideologischen Hintergründen zu politischen Problemen;
- das Aufzeigen von Alternativen zu bestehenden politischen Verhältnissen.

Nimmt man als übergeordnete Intention die rationale Beurteilung politischer Probleme hinzu, so lassen sich die wichtigsten Intentionen der Redaktion mit der Bewertung dieser Intentionen als Informationsabsichten seitens der Abonnenten vergleichen:

— Die *rationale Beurteilung politischer Probleme* wird von den Befragten als drittwichtigste Informationsabsicht sehr hoch bewertet (MW = 2,5075). Von den erfragten Medien trägt in den Augen der Abonnenten die Beilage am meisten zur Verwirklichung dieser Absicht bei, d. h. diese Absicht wird von den Befragten quasi als Intention der Beilage bewertet.

— Das *Aufzeigen von kontroversen Standpunkten zu politischen Problemen* als meist vorgefundene Intention der Beilage entspricht der Informationsabsicht „Zu politischen Gegenständen die Kontroversen zu erkennen“, die von den Befragten allerdings etwas weniger wichtig (Rang 10 in der Bewertung, MW =

2,3691) eingestuft wird. Die Beilage wird zu dieser Absicht als zweitwichtigstes Medium (mit der geringsten Standardabweichung) empfunden. Auch hier wird die Intention der Beilage von den Befragten erkannt bzw. anerkannt.

— Das *Aufzeigen von ideologischen Hintergründen zu politischen Problemen* entspricht der fünftwichtigsten Informationsabsicht der Befragten (MW = 2,4369). Die Beilage wird für diese Absicht als das wichtigste Medium bei relativ einheitlicher Bewertung betrachtet.

— Das *Aufzeigen bzw. Erkennen politischer Alternativen* ist sowohl in der Beilage als auch in der Bewertung der Befragten das viertwichtigste Anliegen (MW = 2,4966). Die Beilage wird neben den politischen Wochenzeitungen als Orientierungsquelle zu dieser Informationsabsicht betrachtet. Also wird auch hierzu die Intention der Beilage anerkannt.

Diese Intentionen der Redaktion werden von den Befragten in der Beilage wiedergefunden, jedenfalls rangiert die Beilage unter den anderen Medien zu diesen Intentionen an der Spitzenposition. Die Bewertung dieser Intentionen durch die Abonnenten stellt sie als ebenfalls für die Abonnenten wichtige Anliegen heraus. Eine Ausnahme bildet dabei freilich die Bewertung von Kontroversen. Diese Intention ist in den Beiträgen der Beilage am meisten hervorgehoben, wird aber von den Befragten im Mittelfeld der Informationsabsichten eingeordnet (wenngleich die Bewertung selbst etwas über „wichtig“ hinausreicht).

Die Bewertung der Intention „Aufzeigen von kontroversen Standpunkten“ kann am Erleben des Stils der Beilage durch Leserschaftsgruppen differenzierter betrachtet werden. In diesem Rahmen zeigt sich, daß die Kontroversen mehrerer Autoren in der Beilage sogar als hervorstechendste Eigenschaft der Beilage positiv wahrgenommen wird. *Von allen Aussagen zum Stil der Beilage findet diejenige zu den Kontroversen in der Beilage die meiste Zustimmung.* Diese Zustimmung erfolgt einhellig. Zwischen den getesteten Gruppierungen ergab sich kein Unterschied in der Bewertung.

So bleibt insgesamt festzustellen, daß die wichtigsten Intentionen in der Beilage verwirklicht sind, derart auch von den Befragten gesehen und als persönliche Anliegen hervorgehoben werden. Zwischen der Redaktion der Beilage, den Beiträgen und den Abonnenten der Beilage ist zu diesem Punkt eine hohe Übereinstimmung festzustellen.

Die Wissenschaftlichkeit der Beilage wird hoch veranschlagt. Der Vermittlungs- und Forumstil der Beilage findet ein durchgehend positives Echo. Bemerkenswert ist dabei, daß vor allem Wissenschaftler und auch Lehrer meinen, daß die Einzelbeiträge in sich nicht unbedingt ausgewogen sein müssen. Die Kontroversen zweier Autoren in der Beilage werden dementsprechend als besonders interessant empfunden. Partielle Kritik ist aber in bezug auf die Gestaltung der Beilage festzustellen.

In den Bemerkungen wurde oft über ein unattraktives Lay-out der Beilage geklagt. Vor allem Lehrer vermißten grafische Unterstützungen bei der Nutzung der Beilage (Schaubilder, Tabellen). Andererseits wurden fehlende Literaturhinweise bemängelt. Dies ist aber ebenfalls durch die berufsspezifische Nutzung der Beilage bedingt. Die Forderung nach mehr Praxisbezug der Beilage wird von Wissenschaftlern/Studenten weniger unterstützt als von den anderen Berufsgruppen. Diese wenden sich auch stärker gegen das Argument, die Beilage sollte lieber mehr und dafür kürzere Artikel haben. Diese Meinung wird von der Gruppe „sonstige“ am stärksten geteilt bzw. am wenigsten abgelehnt. Diese Gruppe teilt entsprechend am wenigsten die Auffassung, daß der Umfang der meisten Artikel in der Beilage gerade richtig sei.

Im Vergleich der Informationserwartungen zwischen den Medienarten schneidet die Beilage insgesamt gut ab. Relativ wenig trägt die Beilage in den Augen der Abonnenten zu folgenden Informationsabsichten bei:

„Angesichts persönlicher und gesellschaftlicher Probleme Eigeninitiativen entwickeln zu können“; „Als Mitglied in sozialen Gruppen effektiv mitarbeiten zu können“; „Materialien zu praktischen Berufsfragen zu bekommen“; „Reflexion der eigenen Interessenlage“.

Auch die Absicht „Politische Orientierungshilfen zur laufenden Regierungstätigkeit zu bekommen“ wird in der Beilage als weniger erfüllt eingeschätzt. Die Beilage wird eher als ein Medium betrachtet, daß der Reflexion gesellschaftlicher und politischer Probleme dient. Für aktuelle Informationen richten sich die Informationserwartungen eher an politische Wochenzeitungen. (Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß die Beilage gerade einer politischen Wochenzeitung beiliegt). Fachspezifische Informationen werden demgegenüber in erster Linie in Fachbüchern und in Fachzeitschriften gesucht.

Damit wird die Konzeption der Beilage zur Wochenzeitung „DAS PARLAMENT“ deutlich

bestätigt. Diese strukturelle Bindung der Beilage wird in den Positionsauffassungen der Abonnenten als Zuschreibung einer Meta-Ebene von Information, als vertiefendes, Normen, Werte und Interpretationen diskutierendes Medium wiedergefunden. Die Beilage steht in den Augen der Abonnenten zwischen aktuellen und generellen politischen Wochenzeitungen und nicht-aktuellen spezialisierten Fachbüchern und -zeitschriften.

Angesichts des Nutzungsverhaltens der Leserschaft, die unter Zeitknappheit steht und deshalb selektieren muß, empfiehlt es sich, die Selektionshilfen der Beilage zu verstärken.

Der „Buchnutzen“ der Beilage, der sich im Sammeln der Hefte ausdrückt, sollte ebenfalls verstärkt werden, indem die Beilage noch dokumentationsfreundlicher gestaltet wird.

Die Struktur der Beilage entspricht generell den Präferenzen und Informationserwartungen der Abonnenten. Für die Abonnenten ist dies zweifellos auch eine Ursache für das Abonnement gewesen.

Frage: Wie ist das sprachliche Niveau im Hinblick auf die Erwartungen und Fähigkeiten der Leserschaft zu beurteilen? Z. B. wie verständlich sind die Artikel?

Die Verständlichkeit der Beilage setzt sich aus vielen Komponenten zusammen.

Zuerst ist zu fragen: „Verständlich für wen?“ Damit ergibt sich als Problemfeld die Spannung zwischen der sprachlichen Verständlichkeit der Beilage und der Sprachkompetenz der Leser und weiter die Spannung zwischen dem Inhalt der Beilage und der Sachkompetenz der Leser. Von der Vermittlungsabsicht und -fähigkeit der Redaktion wie der Autoren hängt die Entscheidung zwischen „aktuellen“ und „potentiellen“ Lesern ab.

Die Analyse der formalen, d. h. systematischen Verständlichkeit der Beilage ergab, daß sich die Verständlichkeit der Beilage im Mittelfeld zwischen „sehr leicht verständlich“ und „sehr schwer verständlich“ bewegt. Damit kann aber nur die Lesbarkeit des Schreibstils der Autoren bestimmt werden.

Bezieht man sich auf die Sprachkompetenz der Abonnenten, so weist deren außergewöhnlich hoher Ausbildungsstand darauf hin, daß die Verständlichkeit der Beilage für die Abonnenten im Durchschnitt wohl kein ernstes Problem darstellt. Wohl aber können auch bei dieser Leserschaft Verständlichkeitsprobleme durch eine Fachterminologie der Autoren auftauchen. Die festgestellten Übereinstimmungen

zwischen den Fachbezügen der Beilagen-Inhalte und der Ausbildungsstruktur der Abonnenten weisen die Abonnenten jedoch als weitgehend „jargonkundig“ aus. So ist es vorerst nicht verwunderlich, daß die gelesenen Beiträge von den Abonnenten als verständlich beurteilt werden. (Dies gilt auch, wenn man in Betracht zieht, daß diese Frage sehr prestigeträchtig ist.) Eine genauere Betrachtung der Abonnentengruppen zeigt jedoch ein Gefälle in der Beurteilung der Verständlichkeit der Beilage. Die Verständlichkeit der Beilage wird am positivsten von der Gruppe „Wissenschaftler/Studenten“ beurteilt. Abstufend folgt die Bewertung der „Lehrer“, der „Juristen“ und schließlich hat die Gruppe „Sonstige“ offensichtlich Probleme mit der Verständlichkeit der Beilage. Diese Gruppe weist die formal niedrigste Bildung auf.

Das Hauptproblem der Verständlichkeit der Beilage scheint für die (nicht-gesellschaftswissenschaftlich-ausgebildeten) Abonnenten mit formal geringerer Bildung in den Satzkonstruktionen und auch in den fachspezifischen Formulierungen der Abhandlungen zu liegen. Erstaunlicherweise meint aber auch diese Gruppe keineswegs, daß man Spezialkenntnisse zum Verstehen der Beilagen-Artikel brauche.

Lehrer betrachteten die Verständlichkeit der Beilage auch unter dem Aspekt ihrer Verwendbarkeit als Unterrichtsmaterial. So ist es zu verstehen, daß sie zwar persönlich keine Schwierigkeit mit der Verständlichkeit der Beiträge sehen, daß sie diese aber andererseits durchaus als kritisch betrachten. Sie stimmen mehr als die Gruppe „Sonstige“ der Aussage zu, daß man zum Verstehen der meisten Beiträge Spezialkenntnisse benötigt.

Für die Abonnenten kann festgehalten werden, daß die Beilage insgesamt verständlich ist. Trotzdem sollten die Vermittlungsbarrieren, die sich durch Verständlichkeitsprobleme ergeben, beachtet werden (zumal in dieser Untersuchung die Abonnenten der Beilage befragt wurden und nicht diejenigen, die sich möglicherweise wegen eigener Verständlichkeitsprobleme von der Beilage fernhalten). Die sich hier abzeichnenden Hauptprobleme der Verständlichkeit (Satzkonstruktionen und fachspezifische Formulierungen der Autoren) lassen sich in gewissen Grenzen auch von der Redaktion der Beilage beeinflussen — in gewissen Grenzen insofern, als die Kooperationswilligkeit der Autoren bei der sprachlichen „Umsetzung“ ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse oft nur begrenzt ist. Dabei ist jedoch andererseits zu beachten, daß die Beilage ihren Charakter als „Quasi“-Fachzeitschrift nicht einbüßen darf.

Das Thema Deutschland und die deutsche Nation im Unterricht zu behandeln, gilt oft als heißes Eisen. Bildungspolitiker und Schulverwaltungen müssen mit Nachdruck auf seiner Behandlung bestehen.

Wichtig ist Klarheit hinsichtlich der politischen Ziele deutschlandpolitischer Bildungsarbeit. Diese Ziele sind nicht wertneutral, sondern an den Grundwerten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu orientieren. Der Leitsatz 4 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 in dem Verfahren über die verfassungsrechtliche Prüfung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gibt dabei wichtige Anhaltspunkte. Lehrer wie Schulverwaltungen sind dadurch in der Zielsetzung des Unterrichts gebunden.

Den Wiedervereinigungsanspruch entsprechend der Forderung des Bundesverfassungsgerichts im Innern wach zu halten, heißt vor allem, den Schülern ein ausreichendes Faktenwissen über die DDR zu vermitteln. Nur auf einer solchen Grundlage ist es möglich, ein fundiertes Urteil über die Lage der deutschen Nation heute und ihre Überlebenschancen abzugeben. Den Lehrern hierzu ausreichend Unterrichtshilfen an die Hand zu geben, ist die wichtigste Aufgabe der Didaktik und der Curriculumforschung. Der Vergleich der Systeme in Ost und West wird dabei eine besondere Bedeutung haben.

Bei der Ausbildung der Lehrer muß die Behandlung der Verhältnisse in der DDR eine größere Rolle spielen. Die Lehrer müssen mehr Detail-Informationen über die DDR erhalten, damit sie zufriedenstellende Antworten auf die Fragen der Schüler finden. Eine besondere Gefahr ist, daß der Deutschlandbegriff der heutigen Jugend auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingeengt wird. Entsprechende Tendenzen sind im Bereich des Sports und der Sportberichterstattung nicht zu übersehen. Im Unterricht darf den Fragen nach dem Sinn und den Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht ausgewichen werden. Befriedigende Antworten sind möglich; allerdings muß klar werden, daß unsere Bemühungen um die Einheit der deutschen Nation keinen Gegensatz zur Europapolitik darstellen, sondern Teil einer richtig verstandenen Europapolitik sind. Da Kommunisten entweder schon jetzt nationale Gemeinsamkeiten betonen oder aber sich hierfür alle Türen offengelassen haben, müssen auch und gerade Demokraten an der deutschen Nation festhalten.

Hans Maier/Heinrich Oberreuter: Demoskopie und Geschichte

Die „Formveränderung“ der Geschichte (Huizinga) wurde oft beschrieben: Geschichte schlägt sich nicht mehr nur in der Geschlossenheit der Staatsaktionen nieder; Gegenstand sind heute vielfältige soziale Verflechtungen und Interdependenzen. Dem Wandel auf dem Felde geschichtlicher Erkenntnis entspricht ein Zuwachs des Bestandes historischer Quellen. Er rückt die Stimmungen und Meinungen der Zeitgenossen, ohne die Entscheidungen nicht mehr erklärt werden können, ins Zentrum der Historie. Insofern wird gerade Demoskopie zu einer neuen, unschätzbaren Quelle historischer Erkenntnis, der hier nicht nur die größte Reichweite, sondern dank ihrer methodischen Durchbildung und ihrer Nachprüfbarkeit auch der höchste Grad an Verlässlichkeit zukommt. Methodisch ergeben sich vielfältige Berührungen mit sozialgeschichtlichen Ansätzen zur Erneuerung der historischen Forschung: der historischen Demographie oder der Mentalitätsforschung etwa, die beide von Frankreich ausgehen, aber auch in Deutschland Resonanz gefunden haben. Wenn Mentalität bestimmt wird durch die beobachteten Merkmale der objektiven Lage, ist sie nichts anderes als verarbeitete Zeiterfahrung. Als bewegende Kraft muß ihre Gestalt und Umformung für den erklärenden Historiker (und den handelnden Politiker) von größtem Interesse sein: Demoskopie ist die Sonde in dieses Lagebewußtsein der Bevölkerung — ein leistungsfähiges und besonders sensibles Instrument. Es hat gerade im Bereich der Werte und der politischen Kultur bemerkenswerte Mentalitätsveränderungen zu Tage gefördert und liefert ebenso gesicherte Aussagen über die verunsicherten Zukunftserwartungen der Gegenwart. Zeitgeschichtlich relevant ist die demoskopische Meßbarkeit historischer Erfahrung, die eine präzise Korrektur historischer Legendenbildung, die Überprüfbarkeit der Übereinstimmung zwischen Bevölkerung und politischer Führung gestattet: Ohne Rückgriff auf die Daten demoskopischer Archive erscheint zuverlässige Geschichtsschreibung angesichts der „Formveränderung“ der Geschichte nicht mehr möglich.

Die „Beilage“ und ihre Leser. Ergebnisse einer Umfrage